



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

335 (22.7.1908) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-334883](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-334883)

General-Anzeiger



Monument (Badische Volkszeitung) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt)

Badische Neueste Nachrichten

Anabhängige Tageszeitung.

Tägliche und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse: „Journal Mannheim“
Telefon-Nummer:
Direktion, Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Anzeigen-Druckarbeiten) 841
Redaktion: . . . 877
Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 218

Nr. 335.

Mittwoch, 22. Juli 1908.

(Mittagsblatt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfasst 12 Seiten.

Die Vorbereitung zum Balkankriege.

Die englische Note, die die Bildung von fliegenden Kolonnen in Mazedonien zur Bekämpfung des Bandenwesens verlangt, hat den allgemeinen Beifall der Mächte gefunden. Auch der Sultan stimmt dem englischen Vorschlag im Prinzip bei, wenn er sich auch die Prüfung der Einzelheiten noch vorbehält. Diesen Vorbehalt macht übrigens auch das mit England jetzt angeblich so eng befreundete Russland.

So harmlos und annehmbar nun auch der englische Vorschlag auf den ersten Blick erscheint, so birgt er doch die Gefahr eines schweren Konfliktes in sich. Gewiß sind fliegende Kolonnen in der Gesamtstärke von 12 000 Mann sehr brauchbar zur Unterdrückung des Bandenwesens, aber nur unter der Voraussetzung, daß sie an einer starken, in Standquartieren liegenden Truppenmacht einen zuverlässigen Rückhalt haben. Eine solche Truppenmacht ist erstens nötig, um den Mannschaftenbestand der fliegenden Kolonnen immer wieder zu ergänzen, und um sie, wenn Teile von ihnen einmal von starken Banden mit blutigen Köpfen heimgeschickt werden, aufzunehmen, zweitens und hauptsächlich aber ist eine starke Belegung der mazedonischen Garnisonen mit regelmäßigen Truppen erforderlich, um Bulgarien die Lust zu einem plötzlichen Einfall auf türkisches Gebiet zu nehmen.

Man geht aber gerade darauf aus, die sichere Kriegsbereitschaft der Türken, die allein in den letzten Jahren den Frieden verbürgt hat, zu zerstören. Deshalb ist in nächster Zeit ein weiterer Vorschlag zu erwarten, daß die türkischen Garnisonen in Mazedonien verringert werden und daß an die Stelle der zurückziehenden regulären Truppen die zu bewaffnenden Flurwächter treten sollen. Der russische General Schofak hat schon vor einiger Zeit einen Plan für die Organisation dieser Flurwächter (gardes communales) entworfen. Es soll in jedem Orte eine bestimmte Anzahl von Bewohnern jeder dort vorhandenen Rasse oder Religion im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil an dieser irregulären Truppe ausgehoben werden. Nun muß man aber wissen, daß sowohl Griechen, wie die Bulgaren, wie Serben eine höchst einseitige Statistik über die Massegebirgigkeit der mazedonischen Bevölkerung führen, um durch diese tendenziöse Statistik ihr künftiges Erbrecht nachzuweisen. Dies man zum Beispiel das Werk des serbischen Gelehrten Spiridon Gopcevic über Mazedonien, so muß man zu dem Glauben kommen, daß die überwiegende Mehrheit der mazedonischen Bevölkerung serbischen Ursprungs ist; liegt man bulgarische oder griechische Werke, so verschleiert sich das statistische Bild vollkommen.

Die Fäden zwischen den ohnehin stets rauchlustigen Bevölkerungselementen Mazedoniens würden also bereits beginnen, wenn man die von jeder Nationalität zu stellende Differenz der Flurwächter festlegen wollte. Ist dies schwierige Werk aber selbst gelüftet, so steht man vor neuen Schwierig-

keiten. Denn die serbischen, bulgarischen oder griechischen Flurwächter würden sich nicht als Hüter der Ordnung, sondern als Serben, Bulgaren oder Griechen fühlen, und wenn beispielsweise eine serbische Bande bulgarische Häuser in Brand stecken würde, so würden die serbischen Flurwächter mindestens beide Augen zuzumachen, wahrscheinlich aber noch bei der Missetat Hilfe leisten. Sie könnten auch gar nichts anderes tun, denn die revolutionären Komitees der verschiedenen Nationalitäten sind so vorzüglich organisiert, daß sie über das Tun und Lassen jedes Landmannes Bescheid wissen. Wehe dem aber, der sich das Mißfallen seines landmannschaftlichen Revolutionskomitees zuzieht. Dann ereignen sich jene schrecklichen Blutthaten gegen die eigenen Landsleute, von denen der jüngst von der „Badischen Zeitung“ veröffentlichte bulgarische Geheimbericht Dutzende von Beispielen anführt.

Wenn also die militärischen „Adjoints“ in Mazedonien dem Plane des Generals Schofak beigestimmt haben, so beweisen sie damit nur eine höchst beschränkte Kurzsichtigkeit. Die Folge der Minderung der regulären türkischen Truppenmacht in Mazedonien und der Organisation der Flurwächter würde, wie wir eben dargelegt haben, eine Vermehrung des Chaos in Mazedonien sein. Das aber wünscht offenbar Bulgarien, um dann nach demselben Rezept, nach dem jetzt die Franzosen in Marokko verfahren, seine Truppen in Mazedonien einrücken zu lassen.

Damit aber wäre auch der Balkankrieg fertig, denn noch ist die Türkei nicht zu der Ohnmacht Marokkos herabgesunken, und sie würde, ehe sie sich Mazedonien erreichen läßt, einen Verweisungsrieg führen. So erscheinen also die Reformvorschlüge gewissermaßen als die Vorbereitung zum Balkankriege, und wenn es nicht so abschauerregend wäre — wie es jede Deutscher ist —, so könnte man es fast komisch nennen, daß diese Vorschläge im Namen der „Humanität“ gemacht werden.

Rumänien und die mazedonische Frage.

Wien, 21. Juli. Zum Besuche des rumänischen Ministers des Auswärtigen, Sturdza, bei dem Freiherrn v. Khevenhul auf dem Semmering erzählt die „Kol. Post“, daß, abgesehen von dem Handelsvertrag mit Rumänien, über den die Verhandlungen endgültig für den Herbst dieses Jahres angeordnet wurden, auch die mazedonische Angelegenheit den Gegenstand der Erörterungen zwischen Freiherrn v. Khevenhul und Minister Sturdza bildete. Rumänien habe von seinen idealen, aber warmen Sympathien für die stammverwandten Skupowalachen und seiner geographischen Nähe abgesehen, nur die allgemeinen europäischen Balkaninteressen. Die Wahrung dieser Interessen für die stammverwandten Skupowalachen und seiner geographischen Nähe abgesehen, nur die allgemeinen europäischen Balkaninteressen. Die Wahrung dieser Interessen für die stammverwandten Skupowalachen und seiner geographischen Nähe abgesehen, nur die allgemeinen europäischen Balkaninteressen. Die Wahrung dieser Interessen für die stammverwandten Skupowalachen und seiner geographischen Nähe abgesehen, nur die allgemeinen europäischen Balkaninteressen.

hin konsequent festhalten würde. Die augenblickliche Situation in Mazedonien ersehe insbesondere durch zwei Momente charakterisiert: einerseits durch die leider noch immer sehr intensive Bandenbewegung, deren Spuren namentlich auf ihren Ursprung und ihre Unterstützung in Griechenland und Serbien schließen liegen; andererseits durch die nach ihrer Intensität und ihren Zielen noch nicht genügend aufgeklärte Bewegung unter den Typen der drei mazedonischen Vilajets. Namentlich diese mahnen alle Faktoren, die in der Erhaltung des politischen Status quo am Balkan eine der Voraussetzungen der Erhaltung des allgemeinen Friedens in Europa erblicken, zur doppelten Vorsicht und zur größten Behutsamkeit in der Behandlung des mazedonischen Problems. Man würde namentlich in Athen und Belgrad sehr wohl daran tun, sich durch die angeführten Erscheinungen in konservativem Sinne beeinflussen zu lassen und lokal dem durch Bulgarien gegebenen Beispiel zu folgen, welches schon unter seiner früheren und mit erfreulicher Klarheit und Festigkeit unter seiner heutigen Regierung den verhängnisvollen Irrtum der Förderung des Bandenwesens abgewiesen und gleich Rumänien seine Balkanpolitik in eine Parallele zur allgemeinen europäischen Orientpolitik gerückt habe.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 22. Juli 1908.

Handwerks- und Gewerbekammertag.

Der diesjährige 9. deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag wird vom 24. bis zum 26. August in Breslau stattfinden. Der geschäftsführende Ausschuss hat vergangene Woche in Hannover gelagt und sich mit den Beratungsgegenständen für den Kammertag beschäftigt. Im Vordergrund der Verhandlungen wird die Frage Fabrik oder Handwerk stehen, bei welcher Gelegenheit die von der Handelskammer Leipzig in einer Denkschrift niedergelegten, vom Deutschen Handelstage anerkannten Grundzüge widerlegt werden sollen. Die Anschauungen der Handwerkskammern sollen in mehreren Leitlinien zum Ausdruck kommen, von denen der besonders bemerkenswert ist, daß Handwerker sich ins Handelsregister eintragen lassen können, ohne daß hierdurch die Handwerkeigenschaft ihres Betriebes beeinträchtigt wird. Die Definition der Begriffe Handwerk und Fabrik wird als a u s s e r l i e s verworfen und der Entscheidung von Fall zu Fall der Vorrang gegeben. Ferner wird sich der Kammertag noch mit dem Gesetzentwurf über die Arbeitskammern, mit dem Vorkommen und mit dem Aufsichtsdienst über die Innungen durch die Handwerkskammern beschäftigen.

Ein Führer der bayerischen Sozialdemokraten über die Lehrerschaft.

Unter dieser Aufschrift veröffentlicht Hg. Schubert in seiner Eigenschaft als erster Vorsitzender des Bayerischen Volkshochschulvereins eine Erklärung in der „Bayerischen Lehrerzeitung“. Sie richtet sich gegen den Abgeordneten und

Freunden auf Jours und kleinen Abendgesellschaften getroffen! Komme Person, mit der man ein gebildetes Wort reden kann, und — erste Kraft! Da woll'n wir mal ein bißchen Stimmung machen — was, Wedel?

„Sicher, sich, solch ein Ereignis!“

„Weißt Du, Dina — sie wird sich meiner sehr gut erinnern, und es wäre mir auch sonst lieb, mich den guten Freunden gegenüber rekapitulieren zu können. Ich möchte mal anfragen, ob sie eine Einladung, bei uns zu wohnen, annehmen würde. Dann sind Professors ja endlich fort, Platz haben wir also.“

„Aber, lieber Herbert, eine ganz fremde Person . . .“

„Wir ist sie nicht fremd, und es dürfte für unser Haus nur eine Ehre sein, eine solche Künstlerin zu beherbergen.“

„Das ja wohl, aber Künstlerinnen dieses Ranges sind doch sehr anspruchsvoll. Darauf ist doch am Ende der Zuschnitt unseres ganzen Hauswesens nicht . . .“

„Immer doch besser für sie als im Hotel.“

„Und sehr viel billiger!“ lachte Lucy spitz.

Herbert warf seiner Frau Schwiiegermutter einen kurzen Blick zu und fragte erregter: „Ja, Dina, hast Du etwas dagegen, recht ich in Dix, nach verähten Mustern, etwa wieder Krähwinkeln?“

„Über ich bitte Dich, Herbert, wir brauchen das doch nicht gleich auf der Stelle zu entscheiden; es hat ja noch Zeit.“

„Was ist da zu reden und zu überlegen? Wenn sie ja“ sagt, ist sie willkommen, und dann gibst bei uns den ersten großen Klout, den wir fünf-Dügelchen für dieses Jahr schuldig sind!“

Herbert hatte sich hinter Dinas Stuhl gestellt und klopfte ihr zärtlich begütigend auf die Arme. Das allgemeine eilige Schweigen letzter peinlich auf Dina, sie wagte es gar nicht, zu ihrem Vater und dem alten Sehen hinzugehen und konnte von dem Gedanken nicht los, daß diese Unvorsichtigkeit ihres Mannes den Kampf nur erschweren würde, der wegen des Mutterleils zwischen ihm und dem Kommerzienrat entbrennen mußte!

Der Orgel-Anger.

Roman von Ebele Käst.

(Nachdruck verboten.)

26) (Fortsetzung.)

Auch Erloff von Grämm, der schöne Mann, verhielt sich sehr still. Ob es ihm nicht lohnte oder ob ihn das Fremde in dem Kreis, in den er nur erst am Abend eintrat, genierte, war schwer zu entscheiden. Er trug ein glänzendes Zivil und sah sehr gut aus mit seinem farblauben Haar, das sich trotz der kurzen Fräulein, und seinen prachtvollen braunen Augen. Er hatte das selbe Gesicht wie Schwester Lucy, nur am vieles hochmütiger, und war sehr schlank und lang gewachsen.

Er beobachtete, und sagte auch nur gerade das, was er mußte, um seiner Dame gegenüber Kavaler zu bleiben — kein Wort, keine Geste zu viel! Seine Dame war Gabriele von Werten, die sich an ihrem rechten Nachbar schloß hielt — es war Otto. Die beiden kannten sich längst sehr gut. Otto war zum Entsetzen der Beson zu allen Tageszeiten in ihrem Heim zu finden, zu Tisch, zum Kaffee, ja schon zum zweiten Frühstück, wenn Gabriele nicht Probe hatte. Abends war er im Theater, oder wenn sie mal theaterfrei war, verbrachte er auch die Abende mit der neuen Freundin.

„Wais mon cher Otto, Du genierst uns, das geht nicht, Du mußt zu Hause bleibe — was denkst die Laite — in meine Haus ist keine chambre garnie für Herrn!“ Das hatte ihm die Beson schon einige Male gesagt, aber es verschlug nichts. Die beiden saßen dann kundenlang in Gabrielsens kleinem Salon, und es klang, als überdore er ihr die Rollen.

„Nicht so brüll!“ verwarnte Tante Modemoiselle zuweilen und klopfte energisch an die Tür. Dann gab es laute Gelächter drinnen, oder Otto steckte auch wohl den Kopf heraus und sagte

mit Grabesstimme: „Es wird eine humoristische Sache zu Ihrem Geburtstag, Tante Modemoiselle!“

Darauf die Beson entriet so etwas sagte mir: „Otto, man der garion, Du fahst eine alte Wiso,“ und zu Unse, der „dummen alten Bedrien“, hinausging, um ihr einzuschärfen, nicht früher zu servieren, als bis Herr Lauter junior das Haus verlassen habe.

Die „dumme alte Person“ konnte das aber selten abwarten, sie servierte doch für drei — und es waren lange nicht so unvernünftige und unversahnte Schüssel auf den Tisch gekommen, wie seit der bisher achtzigjährigen Regenthaft Herrn Otto Lauters.

Außer von seinen Weibeln, der immer zu hören war, war die Unterhaltung an der Weihnachtsfeier nicht auffallend aufgeregt.

Während des ganzen ersten Ganges war man über das lebhafteste Wandern, wie „großartig“ Eusi und Klubi sich bei dem ungewohnten Lichterglanz „benommen“ hatten, nicht hinausgekommen. Und danach kante es gleich merklich ab — wie das oft so eine Sonderheit bei umfangreicheren Familienfesten sein kann! Der alte Dr. Sehen war scheinbar noch der Vergnügteste — er sprach von einigen interessanten Fällen, von Krebsoperationen mit tödlichem Ausgang, und richtete andauernd an Duffen das Wort, als ob sonst niemand zwischen ihnen säße.

Erloff hatte sich mehrmals sein Glas ins Auge genommen und den Doktor süffiant angestiert.

Herbert sprach bei Tisch kaum ein Wort. Es hieß, er habe schon den ganzen Tag Kopfschmerz.

Erstens das, und zweitens fielen ihm Grämm's zu sehr auf die Nerven; er mußte sich erst daran gewöhnen, Erloff anzusehen, ohne ihm an die Kehle zu wollen.

Später, als im Salon Kaffee und Punch gereicht wurde, taute er allmählich auf und wurde ganz lebendig, als Gabriel von Werten erzählte, daß um die Mitte des Januar die K. vom Deutschen Theater in Berlin in fünf-Dügelchen ein drei Abende umfassendes Gastspiel abspielen sollte.

„Die K? Ach, die habe ich ja mehrmals bei Berliner

Chefredakteur des Münchner sozialdemokratischen Blattes, Adolf Müller, der sich auf dem sozialdemokratischen Landesparteitag in wegwerfender und gehässiger Weise über den Lehrerstand geäußert hat. Er sagte: es habe „Niemand in erbärmlicherer, lägenbaffter und gehässigerer Weise bei den Wahlen gegen die Sozialdemokratie gearbeitet. Niemand habe seine Pflicht gegenüber den Volksschulen so kräftig vernachlässigt als die bayerische Lehrerschaft.“

Weil die Lehrer gegen die bei einem Sozialdemokraten nicht besonders auffallende Beschimpfung nicht protestiert haben, hielt sich die Zentrums-Presse für berechtigt, in der letzten Zeit wiederholt zu fragen: „Wo bleibt die Entrüstung?“ Die Antwort erhält sie jetzt aus der Feder des Abgeordneten Schubert, der schreibt: „Die Zentrums-Presse brennt darauf, daß die Lehrerschaft sich öffentlich gegen den Abg. Ad. Müller ausspreche. Das ist nicht notwendig. Bei der Hauptversammlung des Bayerischen Lehrervereins in Lands hut wird sich in wenigen Wochen Gelegenheit bieten, die Ausfälle Müllers auf die Lehrerschaft zurückzuweisen. Es wird geschehen.“ Die schwarzen Papiere müssen sich also noch etwas gedulden.

Ueber die Streiks und Ausperrungen

Im Jahre 1907 bringt das Korrespondenzblatt (Nr. 29) der General-Kommission der freien Gewerkschaften in einer statistischen Beilage eine Zusammenstellung, die in verschiedener Hinsicht von Interesse ist. Unbedingt wird man dem Blatte darin zustimmen müssen, daß sich die Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit nicht lediglich an den Ziffern über Streiks und Ausperrungen ermessen lassen, sondern daß viel mehr als durch diese durch die friedlichen Lohnbewegungen erzielt wird. Das geht deutlich daraus hervor, daß allein im Jahre 1907 von allen Differenzfällen (8053) 61,80 pCt. (5067) durch Lohnbewegungen ohne Arbeits Einstellung erledigt wurden, so daß nur in 38,2 pCt. der Fälle das Mittel des Streiks bezw. der Ausperrung zur Anwendung gelangte. 1906 betrug diese Prozentsätze 54,1 bezw. 45,9. Man darf angedacht dieser Ziffern wohl sagen, daß die Arbeitskonflikte in steigendem Maße durch erfolgreiche Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bezw. deren Organisation ihre Erledigung finden, daß also das Verhandlungsprinzip immer mehr sich Geltung verschafft. Der hohe Wert friedlicher Verhandlungen zeigt sich erst recht in einer Gegenüberstellung der unmittelbaren Erfolge der Gewerkschaften infolge von Lohnbewegungen ohne Arbeits Einstellung und infolge von Streiks. Während Arbeitszeitverkürzungen 1905 zu 68 pCt. ohne Ausstand erreicht wurden, stieg dieser Prozentsatz im Jahre 1907 auf 78,4 pCt. Bezüglich der Lohnerböhung stellen sich die Ziffern 1905 auf 68,5, 1907 auf 74,6 pCt. Wenn das Korrespondenzblatt in seinem Schlusse diese steigende Tendenz zu friedlichen Auseinandersetzungen lediglich der Erkenntnis der Arbeitgeber entspringen läßt, daß die von einem fanatischen Schorrmachertum diktierte Kampfweise nicht dem Interesse der Unternehmer dienlich ist, so ist diese Darstellung einseitig. Das Organ der General-Kommission hätte hier nicht unterlassen dürfen zu betonen, daß auch die führenden sozialdemokratischen Gewerkschaftler im Laufe der Zeit die Rücklosigkeit der „Schwarzschere von unten“ nicht minder erkannt und dementsprechend ihr Verhalten eingerichtet haben.

Prämien für kriegsbrauchbare Kraftfahrzeuge.

Nachdem im diesjährigen Reichshaushaltetat größere Summen für Beschaffung von Automobilkraftwagen der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt worden sind, hat diese dem „Verl. Lot.-Anz.“ zufolge besondere Grundätze für die Unterstützung von im Privatbesitz befindlichen kriegsbrauchbaren Kraftfahrzeugen aufgestellt. Danach sollen, nach Maßgabe der verfügbaren Mittel, Unternehmern und sonstigen Privatpersonen, die den militärischen Bedingungen entsprechende Kraftfahrzeuge in Betrieb nehmen und sich verpflichten, sie während mindestens 5 Jahren im kriegsbrauchbaren Zustande zu erhalten, folgende Prämien bewilligt werden:

1. eine einmalige Beschaffungsprämie von M. 4000.
2. eine Betriebsprämie auf die Dauer von 5 Jahren pro Wagen etwa jährlich M. 1000.
3. eine Betriebsstoffprämie für Versand inländischer Betriebsstoffe, in einer von der Heeresverwaltung zu bestimmenden Höhe.

Der Antrag auf eine derartige Unterstützung ist vor Beschaffung des Kraftwagens an das Kriegsministerium zu

Da sagte Weibel: „Nebst dem, lieber Doktor, ich sprach gestern die Frau Professor Düppel — sie war in Ekstase über eine Koncertserie, die Sie mit ihr für die Saison geplant haben sollen. Stimmt das?“

„Das stimmt ja“, lachte Herberich, „wenn es von der guten Düppel auch etwas vorzellig ist, schon davon zu reden.“

„Was ist denn das nun wieder?“ rief Frau Malwine ganz verärgert dazwischen, da sie sah, wie ihrem Manne die Ädern an den Schläfen schwellen.

„Ich mag noch nicht davon reden, Mutterchen! Wir wollen etwas einführen, was in besseren Provinzstädten überaus existiert: eine Reihe von Abonnements-Konzerten, zu denen natürlich nur Künstler allerersten Ranges zugewogen werden sollen — vielleicht sechs Abende im Laufe des Winters — für diesen Winter ist es ja zu spät, aber im nächsten hoffend wir damit einsehen zu können. Düppels haben ja von Berlin und Petersburg her kolossale Verbindungen, und wir meinen, daß sich das rentieren möchte — wir kriegen ja hoch auf andere Art hier keine Künstler her. Schlimmerfalls soll sich ein Konfession bilden, das das etwaige Defizit deckt.“

(Fortsetzung folgt.)

In Friedrichruh in der Sterbenacht Widwards.

In der „Flugbe. Ztg.“ bringt Leo Erichsen folgende Erinnerung an den 30. Juli 1888:

Wieder stehen die Ereignisse jener bedeutungsvollen Nacht klar vor meinen Augen! Noch am Morgen lauteten die Berichte über den Gesundheitszustand des Fürsten Widward günstig; man wußte auch, daß Prof. Schwemmer seit einigen Tagen fern von Friedrichruh weilte, und das beruhigte allgemein. Am späten Nachmittag jedoch erhielt die „Samburger Zeitung“, deren Redakteur ich war, von einem Vertrauensmann aus der Umgebung des Fürsten die Nachricht, daß eine plötzliche Wendung zum Schlimmsten eingetreten sei, und sofort begab ich mich nach Friedrichruh. Kur

richtig, daß bei zustimmenden Entscheidungen mit dem Antragsteller einen Vertrag abschließt. Die Gewährung weiterer Prämien für Dervollkommenheit der Bauart und anderer Erfolge der Automobilindustrie, die den Absichten der Heeresverwaltung entgegenkommen, hat sich diese vorbehalten.

Deutsches Reich.

— (Landtagsersatzwahl Kaiserslautern.) Durch den Tod des sozialdemokratischen Abgeordneten Ehrhart ist im pfälzischen Landtagswahlkreis Kaiserslautern eine Ersatzwahl notwendig geworden. Bei den letzten Wahlen im Juni 1907 wurden im Wahlkreis Kaiserslautern 12418 Wahlberechtigte gezählt, wovon 9515 von ihrem Wahlrecht in gültiger Weise Gebrauch machten. Die Sozialdemokraten erzielten 5192, der Liberale Block 4189, das Zentrum 90 Stimmen. Wenn die Liberalen alle Kraft aufbieten, und sämtliche Wähler ihre Pflicht tun, dann ist es nicht ausgeschlossen, daß der Wahlkreis Kaiserslautern in der kommenden Ersatzwahl den Sozialdemokraten abgenommen wird. Einigkeit und intensive Wahlarbeit tut dringend not.

— (Der Weingelegentwurf.) Die in Bonn abgehaltene Versammlung der Vorstände der preussischen Landwirtschaftskammern erklärte zu dem neuen Weingelegentwurf, daß er in wesentlichen Bestimmungen nicht geeignet ist, die Interessen der Binger, besonders der kleinen, des realen Weinhandels und des konsumierenden Publikums wahrzunehmen. Sie wünschte, daß bei den weiteren Beratungen die Vorschläge der Landwirtschaftskammern für die Rheinprovinz und den Reiterungsbezirk Wiesbaden berücksichtigt werden.

Badische Politik.

* Karlsruhe, 21. Juli. Seit einer Reihe von Jahren ist das badische Zentralbureau für Meteorologie und Hydrographie auf Veranlassung der Rheinisch-Kommission mit Untersuchung über die Hochwasserereignisse des Rheins beschäftigt. Die bisherigen Ergebnisse über die Ermittlung der Entstehungsursachen und des Verlaufs der Hochwasserereignisse im letzten Jahrhundert und über die Fortbewegung der Anschwellungen im Rhein unter der Einwirkung der Nebenläufe wurden schon vor mehreren Jahren in einer Reihe von Veröffentlichungen der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Mit der heute erschienenen Denkschrift des Zentralbureaus über die Abflussvorgänge im Rhein unter der wechselnden Wasserlieferung der Hochgebirgs- und Mittelgebirgsflüsse ist das ganze Werk der Rheinisch-Kommission zum Abschluß gebracht. Das letzte Kapitel gibt eine Schilderung des Verfahrens für die Vorherbestimmung der Rheinstände, insbesondere für Köln, Mainz und Mannheim. Das Vorwort zur Denkschrift hat Finanzminister Max Donsell, bis vor anderthalb Jahren Direktor des Zentralbureaus für Hydrographie, geschrieben.

Die Lehrerverfrage.

Man schreibt uns: Die Verklammerung in der badischen Lehrerschaft wegen der fortwährend hinausgeschobenen Gehaltsregulierung ist eine viel tiefergehendere als man vielfach annimmt. Pflichttreue Lehrer und Familienväter in den besten Jahren, Lehrerbeteranen mit 50 und mehr Dienstjahren, die immer noch, nicht den 1905-06 normierten Höchstgehalt erreichen durften, ergreifen bei Zusammenkünften das Wort und besprechen in ruhrender Weise ihre einstige sehr traurige Lage und die immer chronischer werdende Zurücksetzung anderen Beamten gegenüber. Obendrein wird dann noch das „billige“ Vandalen und die teuere Ausbildung der Kinder geschilbert und erwähnt, wie durch die immer wiederkehrenden Petitionen die badischen Lehrer als ewig unzufriedene Staats- und Gemeindebeamte herabgewürdigt werden müssen. Erhält der badische Lehrer wirklich einmal eine Aufbesserung, so tritt diese stets unter einem Modus und nach Jahren in Kraft, wie man solches andernorts nicht kennt. Aber auch für dieses „Wohlwollen“ oder Gerechtigkeitsegefühl war die Lehrerschaft stets dankbar und hat ihren Dank auch hinreichend zum Ausdruck bringen lassen. In unserer wirtschaftlich total veränderten Zeit kann aber die letzte Aufbesserung mit dem anormalen Preisenlauf nur als eine wenig genügende bezeichnet werden, und das Spiel, das man mit den gerechten Wünschen der badischen Lehrerschaft treibt, muß bei jedem rechtlich denkenden Beamten und Staatsbürger nur Mißbilligung hervorrufen. Vollständig unverständlich und gar nicht mit dem stets vorgeordneten Wohlwollen für die Lehrer vereinbar ist die Art und

Weise, wie man von höherer Seite aus auf die Abgeordneten einwirkte und die Lehrer gegen die Beamten auspielt. Dabei suchte man noch die Lehrer, die im Kampfe erstarkt sind, des Unbankes zu bezichtigen und die Verteidiger der Lehrer-Interessen wie in Bayern, so auch hier zu mahregeln. Dies hat bei einem aufs äußerste erbitterten Stande keinen Zweck und führt zu nichts gutem. Sehr schön hörten sich auch wieder die Mahreden vor der jetzigen Session an. Es waren aber auch nur Mahreden, mehr oder wenig ernst mit unjener Forderungen meinnende Mahreden. Wir wissen wohl, unter welchem Druck die Abgeordneten vor dem Regierungsvorteil standen und daß nach dem von jeder bezeugten „Wohlwollen“ leider wenig Hoffnung vorhanden war, eine „Gleichberechtigung“ mit anderen Staatsdienern zu erlangen. Wir bedauern aber aufrichtig, daß es bis jetzt den vereinigten Freunden der Lehrer-Petition nicht möglich gewesen sein sollte, etwas Positives zu erreichen. So sind Wadens Lehrer wieder um eine Erjahung reicher. Leider müssen sie alle diese Zurücksetzungen noch in einer Zeit erdulden, wo man nicht bloß die materiellen, sondern auch die Dienstverhältnisse der Staats- und Privatbeamten zu bessern sucht, die Lehrer aber beruflich ganz erheblich belastet hat. Man wird es begreiflich finden, daß hierdurch unter der Lehrerschaft keine besondere Berufstreue herrschen kann, und daß sie aus dieser Landtags-Session ihre Lehren ziehen wird, die einmütigt befolgt werden.

Haushandel und Detailreisen.

Die bayerische Regierung hat vor einiger Zeit im Bundesrat den Antrag eingebracht, die Zulassung des Hausierhandels und Detailreisens im deutschen Reich vom Bedürfnisnachweis abhängig zu machen. Für den Fall daß dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit findet, will sich Bayern damit begnügen, daß wenigstens die Landesregierungen zur Einführung des Bedürfnisnachweises für das Hausiergewerbe befragt sein sollen. Wie die „Straß. Post“ hört, beantragt die badische Regierung neuerdings in unserem Lande Erhebungen, um die Wünsche und Ansichten der gewerblichen Kreise kennen zu lernen und danach ihre Stellungnahme zum bayerischen Antrag einzurichten. Bekanntlich hat in früheren Jahren die badische Regierung mit Rücksicht auf die weite Verbreitung der Hausindustrie im Schwarzwald jeden Antrag auf ein Verbot oder weitgehende Einschränkung des Hausierhandels abgelehnt.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

2. Kammer. — 109. Sitzung.

* Karlsruhe, 21. Juli.

Präsident Hechenbach eröffnet 4 Uhr 50 Minuten nachm. die Sitzung.

Am Regierungstisch Ministerialpräsident Frhr. v. Marschall und Regierungskommissäre.

Auf der Tagesordnung stehen

Bahnpetitionen.

Abg. Wittum (natl.) berichtet zunächst über die Ziffer 4 der Denkschrift vom 16. März 1908 Bahnlinie St. Blasien-Rheintal, sowie die bezüglichen Petitionen a) des „Vereinigten Eisenbahnvereins“ und einer Anzahl Gemeinden und Interessenten um Erbauung einer Bahn (Titisee) St. Blasien-Rheintal (Witalprojekt); b) einer Anzahl Gemeinden des Schlucht- und Rheintals um Erbauung einer Bahn (Titisee-St. Blasien und) durch das Schluchtal nach Triengen (Schluchtalprojekt); (sowie Fortsetzung durch das Rheintal nach Gänzen und Hüttenwangen zum Anschluß an die schweizerische Bahn Schaffhausen-Gessenau-Büschel); c) des „Stammkomitees“ für einen Bahnbau St. Blasien-Rheintal-Rheintal (Hypomaxprojekt).

Eingangs seines Berichtes macht der Referent einige allgemeine Bemerkungen. Er verweist auf die große Zahl von Eisenbahnpetitionen, die auf diesem Landtage eingelaufen seien. Nicht weniger als 65 Petitionen dieser Art seien auf diesem Landtag ein, wovon 28 um die Erbauung neuer Bahnen petitionierten. Würden alle diese Bahnen ausgebaut werden, so würde die Länge dieser Bahnen 700 Kilometer betragen, das ist die doppelte Länge der Strecke Basel-Heidelberg-Würzburg. Die Baukosten würden 23 Millionen betragen. Wären sollte man die Bevölkerung, durch Privatgenieure Bahnprojekte ansfahren zu lassen. Reist stellen sich solche Projekte als ganz phantastisch heraus.

Was die Eisenbahnlinie des badischen Schwarzwaldes angeht, so sind diese ja sehr alt. Die Regierung hat Untersuchungen angeestellt über die Strecke Titisee-St. Blasien-Rheintal, für die Vorarbeiten für die Strecke Titisee-St. Blasien sind bereits 21 000 M. bewilligt; dagegen ist die Regierung der Meinung, voreerst von der Fortsetzung der Bahn nach dem Rheintal abzusehen, da die Kosten in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Vorteilen stehen würden, welche eine solche Bahn bringen

er fortwährend um Se. Durchlaucht beschäftigt sein wisse. Der Postbote bringt eine Depesche ins Schloß; er belästigt, daß Wehmann Schwemmer mit dem D-Buge 10 Uhr 24 Min. eintreffen werde. Es ist 10¼ Uhr; ein Bogen führt aus dem Schloßgarten, Graf Wilhelm Widward und die beiden Grafen Rankau begehen sich nach dem Waldhof. Jetzt rollt der D-Bug Berlin-Gumund in die Halle, mit einem Augenblick hält er — Schwemmer springt heraus, und im schürstren Trab geht es dem Schloß zu.

Eine halbe Stunde langen Erwartens, dann öffnet sich das schwere Tor — Professor Schwemmer tritt heraus, ohne Hut, ohne Mantel, sein Gesichtsausdruck sagt alles. „Herr Geheimrat —!“ Schwemmer nickt kaum; schwiegend gehen wir die wenigen Schritte nach dem Telegraphenamt — ein Augenblick kurzen Besinnens, dann schreie er mit fester Hand:

„An Se. Majestät den deutschen Kaiser, Welche Euer Majestät untertänigst, daß Se. Durchlaucht Fürst Widward heute verstorben ist.“ Dr. Schwemmer.

Ich frage ihn, wie der Fürst verstorben sei. „O bitte, lassen Sie mich, ich kann jetzt nicht sprechen“, erwidert er weinend; nach einer Pause fügt er hinzu: „Er starb ruhig und sanft, sehr sanft!“

Rum wird es auf dem kleinen Hofamt lebendig. Dr. Esslander, Graf Rankau erscheinen, und bald verfliehet Telegramm auf Telegramm der Welt das Hinscheiden von Deutschlands größtem Mann. Ueber 400 Depeschen wurden hier bis Mitternacht aufgegeben.

Zuletzt kam auch ein alter Diener, der in der Umgebung des Fürsten grau geworden war und der wie ein Kind weinte. Von ihm erfuhr ich Näheres über die letzten Stunden Widwards. Noch am Samstag, dem Abendtage, morgens, küßte sich der Fürst verhältnismäßig wohl, bis gegen 11 Uhr eine plötzliche Verschlimmerung eintrat. Er hatte mit Atembeschwerden zu kämpfen und Prof. Schwemmer wurde telegraphisch gerufen. Um 3 Uhr verstarb der Fürst das Bewußtsein; dieser Zustand hielt bis gegen 8 Uhr an, wo eine scheinbare Besserung eintrat, die aber beäuglich unheilbar, daß man bald das Schlimmste befürchtete. Als Schwemmer eintrat, waren im Eberzimmer die Grafen Herberich und Wilhelm

würde. Die Kommission war der Meinung, daß das Höhenbahnprojekt (St. Blasien-Murgtal-Rheinthal) auszuwählen müsse, da es zu teuer sei gegenüber dem mittleren Projekt Titisee-St. Blasien-Rheinthal. Die Kommission war auch der Meinung, daß das Schlüchthalprojekt auszuwählen müsse, da es eine Gegend befruchte, die eine zu geringe Bevölkerung aufweise. Der Landstrich des südlichen Schwarzwaldes zwischen den Bahnhöfen Freiburg-Titisee und Vogel-Waldshut ist weitaus der größte, welcher noch völlig eisenbahnlos ist, daher in dem wirtschaftlichen Wettbewerb gegenüber anderen Landesteilen schwer im Nachteil und in mancher Beziehung geradezu konkurrenzunfähig. Die Eisenbahnkommission ist daher einhellig der Ansicht, daß nunmehr auch dieser Landesteil der Wohltaten einer Eisenbahnverbindung teilhaftig werden sollte. Die Kommission ist der Meinung, daß mehr als sonst irgendwo gerade in jenem eisenbahnlosen Landstrich des südlichen Schwarzwaldes der fiskalische Standpunkt nicht maßgebend sein dürfte, sondern in erster Reihe der volkswirtschaftliche, der, in richtiger Weise durchgeführt, beträchtlichen und segensbringenden wirken kann. In Bezug auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit steht die hier angestrebte Schienenverbindung unzweifelhaft mit an erster Stelle. Es gibt Eisenbahnwünsche, die dringender Natur sind, solche, die weniger dringend erscheinen und solche, die sich auf spätere Zeiten verschoben werden können. In den ersteren, also in den dringlichen, rechnet die Kommission eine Bahnverbindung von Titisee über St. Blasien nach dem Rheinthal. Bezüglich dieser Strecke liegen, wie angeführt, drei verschiedene Konkurrenzprojekte vor. Nunmehr will die Regierung durch ihre Techniker eine gründliche Untersuchung und Berechnung an Ort und Stelle vornehmen lassen u. hat zu diesem Zweck im Eisenbahnbudget eine Aufzehrung von M. 20 000 gestellt. Diesen Betrag will sie aber nur für die Teilstrecke Titisee-St. Blasien verwenden. Die Kommission ist dagegen der Ansicht, daß diese eingehenden Untersuchungen und die spezielle Entwurfsarbeit auch gleichzeitig auf die südliche Fortsetzung bis zum Rheinthal ausgedehnt werden und zu diesem Zwecke nötigenfalls weitere Mittel angefordert werden sollten. Dabei ist die Kommission auch der Meinung, daß neben der von der Großh. Regierung ins Auge gefaßten Linie Hünleren-Troisfontaines-Birndorf-Rheinthal auch die von dem Komitee für das Albtalprojekt gewünschte Variante St. Blasien-Jannetsch-Höhenrücken links der Alb untersucht werden sollte. Die Kommission stellt den Antrag:

1. Die bereits vom letzten Landtag empfehlend überwiesene Petition des bereinigten Komitees für das Albtalprojekt der Großh. Regierung wiederum empfehlend zu überweisen;
2. die Großh. Regierung zu ersuchen, die bereits beschlossene Ausarbeitung eingehender Entwürfe für eine Bahnlinie Titisee-St. Blasien und deren Variante auch auf die Fortsetzung ins Rheinthal nach Waldshut oder Albtalbruck auszudehnen und erforderlichenfalls zu diesem Zwecke weitere Mittel anzusuchen;
3. über die Petitionen für die Murgtal- und Schlüchthalprojekte zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Hümmel (Str.) tritt in spezialisierten Ausführungen für die Albtalroute ein.

Abg. Witte mann-Donauerschingen (Str.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Bedauerlicherweise habe die Kommission beschlossen, bezüglich des Schlüchthalprojektes zur Tagesordnung überzugehen. Mit diesem Beschlusse habe die Kommission ganz entschieden daneben gehalten. Mit der Erbauung der Schlüchthalbahn würde die Regierung ganz entschieden ein Geschäft machen, jedenfalls ein besseres als mit der Albtalbahn. Er möchte wünschen, daß das Komitee zu einer anderen Stellungnahme kommt als die Kommission bezüglich des Schlüchthalbahnprojektes.

Abg. Birkenmayer (Str.) bedauert, daß die Kommission bezüglich des Murgtalprojektes gleichfalls den Antrag stellt, zur Tagesordnung überzugehen. Er gäbe dem Murgtalprojekt noch immer den Vorzug, und wenn Regierung und Kommission anderer Meinung seien, so gäbe er die Hoffnung auf spätere Zeiten nicht auf. Wenn man an den Kosten der großen Bahnhöfe spart hätte, würde man heute das „Wäule“ bauen können.

Abg. Ries (jungl.): Es herrsche tatsächlich ein Notstand in den betreffenden Gegenden, dem nur durch Erschließung derselben abgeholfen sei. Hier seien die Gegenden auf ein paar Straßen angewiesen, die aber meist in traurigem Zustande seien. Die Albtalbahn habe jedenfalls die meisten Aussicht, und es sollte die Bahn durch das mittlere Albtal durchgeführt werden, nicht die Linie über Höhenrücken. Wenn bezüglich des Höhenrückenprojektes angeführt werde, daß es zu kostspielig sei, so seien gerade hier die Verhältnisse am schlimmsten, da die Höhenrückenlinie am entlegensten sei. Günstiger lägen die Verhältnisse im Schlüchthal; doch könne er der Ansicht nicht beistimmen, daß die Bahn der strategischen Bahn zu nahe kommen würde. Erfreulich sei, daß die Kommission wenigstens bezüglich des Albtalprojektes zu einem günstigen Resultat gekommen ist.

Abg. Duffner (Str.) spricht für das Schlüchthalprojekt. Mit der Warnung des Abg. Wittum nach außen hin keine Bahnprojekte durch Privattingenieur bearbeitet zu lassen, sei er durchaus einverstanden. Dem Antrag der Kommission bezüglich des

Schlüchthalprojektes könne er nicht zustimmen. Was im Kommissionsbericht zugunsten des Albtalprojektes angeführt worden sei, das könne ebensosehr für das Schlüchthalprojekt geltend gemacht werden. Die Bewohner des Schlüchthales hätten eine bessere Würdigung verdient, als das durch die Kommission geschehen sei. Die Regierung möge trotz des Kommissionsbeschlusses das Schlüchthalprojekt im Auge behalten.

Minister Freiherr von Marschall gibt seiner Freude Ausdruck, daß die allgemeinen Bemerkungen des Abg. Wittum, die er seinem Bericht vorangeschickt hat, im Hause Widerhall gefunden haben. Wir waren diese Bemerkungen ganz aus der Seele gesprochen. Es sollte sich jede Gegend die eine Bahn wünscht, diese Ausführungen gegenwärtig halten. In meinem Bedauern kann ich aber nicht zustimmen, wenn hier gebeten wird, gleichzeitig mit der Linie Titisee-St. Blasien auch die Fortsetzung nach dem Rheinthal in Angriff zu nehmen. Wir müssen immer Rücksicht nehmen auf die finanziellen Gesichtspunkte. Die Regierung bebauert, nicht sobald an die Fortsetzung der Bahn nach dem Rheinthal denken zu können. Auch besteht ja noch keine rechte Einigkeit über die einschlagende Linie der Bahn. Sehr lieb ist es mir gewesen, daß die Kommission hierbei von vornherein das Schlüchthal und das Murgtal ausgeschlossen hat. Diese beiden Täler können in der Tat hierbei nicht inbetracht kommen. Der Abg. Wittum hat die Baukosten für die verlangten Bahnhöfe auf 228 Mill. Mark veranschlagt, der Ueberschlag der Regierung geht auf eine noch höhere Summe auf 237 Mill. Mark. Seien Sie überzeugt, daß die Regierung bei der Entscheidung, welche Bahn von St. Blasien nach dem Rheinthal gebaut werden soll, die hier inbetracht kommenden Verhältnisse genau abwägen wird.

Abg. Herzog (Str.) wünscht, daß künftighin alle Petitionsberichte von Wichtigkeit gedruckt werden. Weiter wendet sich gegen den Teil der Ausführungen, in welchem von der Bearbeitung von Bahnprojekten durch Privattingenieur gewarnt wird. Das badiische Personal der Eisenbahn sei auch heute noch nicht in der Lage, alle diese Projekte allein zu bearbeiten. Was die Kosten der Bahnprojekte anlangt, so hätte sehr wohl hier gespart werden können. Daran seien aber nicht die Techniker schuld, da diese nicht den genügenden Einfluß auf die Aufstellung der Projekte hätten. Seiner Meinung wäre die Erbauung der Bahn von Waldshut nach St. Blasien wichtiger als der Bau der Bahn von Titisee nach St. Blasien. Es sollten von der Regierung alle drei Projekte in Untersuchung gezogen werden.

Minister Freiherr v. Marschall erklärt, daß die Großh. Regierung die Ansicht vertritt, daß St. Blasien zunächst mit dem mittleren und nördlichen Teil des Landes verbunden werden muß und dann erst die Verbindung nach dem Rhein und der Schweiz in Frage komme.

Hierauf wird nach einem Schlußwort des Berichterstatters die Debatte geschlossen.

Bei der Abstimmung wird Ziffer 1 des Antrages der Kommission mit allen gegen 2 Stimmen angenommen und Ziffer 3 mit allen gegen 15 Stimmen angenommen.

Abg. Wittum (natl.) berichtet hierauf über die Bitte sämtlicher Gemeinden zwischen Freiburg und St. Blasien um Erbauung einer Eisenbahn St. Blasien-Todtnau-Freiburg. Die Kommission ist auf die Erklärungen der Regierung zu dem Ergebnis gekommen, daß zur Zeit an die Erstellung dieser Bahn nicht gedacht werden könne, weshalb sie den Antrag auf Uebergehung zur Tagesordnung stellt.

Abg. Kopf (Str.) begründet einen von ihm und einer Reihe weiterer Abgeordneter eingebrachten Antrag, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme in dem Sinne zu überweisen, daß die Frage der Erstellung einer direkten Verbindung des Rheinthal und St. Blasien mit Freiburg einer genaueren Prüfung unterzogen und das Ergebnis dieser Untersuchungen dem nächsten Landtage vorgelegt wird.

Minister Freiherr von Marschall: Wenn man der gemäßigten Bahn einen Namen geben wollte, dann müßte man sie „Schwarzwälder Untergrundbahn“ nennen. (Geisterl.) Vom Schwarzwald würde der Tourist sehr wenig sehen, meistens würde er in Einschnitten und durch Tunnel fahren, und wenn der Tourist die Bahn verlassen würde, da könnte er wie Tunnelarbeiter ausruhen: „Dich ture Sonne schau' ich wieder.“ (Große Geisterl.) Der Minister erklärt die gemäßigten Bahn für nicht notwendig und bittet das Haus, dem Kommissionsantrag zuzustimmen. Die bahnbauwürdige Verbindung von St. Blasien gehe nun einmal durch Titisee.

Abg. Herzog (Str.) erklärt, dem Kommissionsantrag hier nicht zustimmen zu können. Es sei hier und ungerochfertig, von vornherein die Interessen von der Alb zu weichen. Die Erschließung des südlichen Schwarzwaldes würde nicht nur den Interessen, sondern auch der Eisenbahnverwaltung zugute kommen. Darum sollte man sich nicht von vornherein auf das eine Projekt verweisen. Die Stadt Freiburg sollte selbst die Bahn von Freiburg durch das Hegental nach Staufen bauen. Die hier verlangte Bahn würde trotz vieler Tunnel und Einschnitte doch schöne Aussichten in Fülle haben.

Nach weiteren Ausführungen des Ministerialrats Baudirektor Wolf und der Abg. Kopf (Str.) und Dr. Witz (natl.) beschließt

Dr. Obkircher (natl.) Zurückverweisung der ganzen Angelegenheit an die Kommission.
 Abg. Herzog (Str.) widerspricht diesem Antrage.
 Abg. Kopf (natl.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Dr. Obkircher an.
 Weiter sprechen für vorwärtige Angelegenheit Abg. Duffner (Str.) und Ministerialpräsident Freiherr v. Marschall.
 Nachdem Abg. Kopf seinen Antrag in etwas veränderter Form gegeben hat, stellt Abg. Obkircher nochmals den Antrag, die Petition an die Kommission zurückzuverweisen.
 Zur Geschäftsordnung hatten hierauf das Wort die Abg. Kopf (Str.), Wittum (natl.) und Dr. Witz (natl.).
 Der Antrag Obkircher auf Zurückverweisung wird hierauf angenommen.
 Schluß der Sitzung 1/10 Uhr. — Nächste Sitzung: Donnerstag, 23. Juli, vorm. 9 Uhr: Reform der Städte- und Gemeindeordnung.

□ Karlsruhe, 21. Juli. Die Kommission der Zweiten Kammer für das Versicherungswesen beschloß, die Ablehnung des Antrages Ged und Gen. betr. die Verstaatlichung der Hagelversicherung zu beantragen. Weiter hat sich die Kommission mit dem Hagelversicherungsbeschluß beschäftigt. Es wurde in Uebereinstimmung mit der Regierung eine Forderung dahin getroffen, daß sich der Beitrag der Versicherer für 1909 auf 25 Proz. des in diesem Jahre zu entrichtenden Kettopremienbetrags erhöhe, vom 1. Januar 1910 ab 40 Proz. zu zahlen sind. Die Beilage sieht bekanntlich einen staatlichen Zuschuß von 700 000 M. zum Hagelversicherungsfond vor, der in Teilbeträgen von 140 000 Mark pro Budgetperiode erfolgen soll. Damit erledigt sich ein Antrag der Abg. Kewerich und Gen. betr. Stärkung des Hagelversicherungsfonds.

□ Karlsruhe, 21. Juli. Die Kommission für Justiz und Verwaltung hat den Gesetzentwurf betr. den Waffengebrauch der Gefängnisbeamten mit unwesentlichen Änderungen angenommen. — Die Kommission für Eisenbahnen und Straßen stellt den Antrag, die Zweite Kammer wolle die Petition der Stadt Demarshagen u. a. G. betr. die Erbauung einer Eisenbahn von Donauschingen nach Schaffhausen (Radenbahn) der Regierung zur Kenntnisnahme überweisen. Die Regierung hat bereits unterm 22. Mai 1908 erklärt, daß sie in eine erneute Prüfung der Angelegenheit eintreten werde in Würdigung der wirtschaftlichen Interessen der an der Linie beteiligten badiischen Gemeinden.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 22. Juli 1908.

Sigung des Bürgerausschusses

am Dienstag, den 21. Juli.

(Schluß).

Erstellung einer Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz jenseits des Redars.

Oberbürgermeister Martin konstatiert, daß der sozialdemokratische Antrag vom 18. Juli bittet ist. Es lagen also nicht volle drei Tage zwischen der Einbringung des Antrages und dem heutigen Sitzungstage. Nun sehe es so aus, als ob dieser Standpunkt etwas herauskräftlich wäre. Er müsse demgegenüber auf die Vereinbarung zwischen dem Stadtrat und Stadterordnungsamt hinweisen, daß zwischen dem Tage der Einbringung eines Antrages und dem Sitzungstage drei volle Tage liegen müßten. Der dahingehende Beschluß sei im Dezember 1906 gefaßt worden. Der Beschluß sei seitdem schon mindestens ein halbes Dutzend mal praktisch angewendet und vom Kollegium einhellig gebilligt worden. Es sei ihm infolgedessen nichts anderes übrig geblieben, als der sozialdemokratischen Fraktion mitzuteilen, daß der Antrag nicht mehr auf die Tagesordnung der Bürgerausschussung gesetzt werden könne. Die Annahme des Vorredners, daß er zur Sache selbst schon irgendwelche Stellung genommen habe, sei durchaus hinfällig. Er habe sich lediglich auf die Geschäftsordnung gestützt. Eine Stellungnahme zur Sache behalte er sich vor, bis eine ordnungsmäßige Prüfung möglich sei. Wenn es richtig sei, daß die Angelegenheit schon seit Wochen die Öffentlichkeit beschäftigt, so wäre es den Antragstellern möglich gewesen, den Antrag schon früher zu stellen.

Stv. Ged bemerkt, der Oberbürgermeister habe in Widerspruch mit den Tatsachen mitgeteilt, der Antrag sei ihm nicht volle drei Tage vor dem Sitzungstermin zugegangen. Der Antrag habe dem Oberbürgermeister am Samstag vormittag zwischen 9 und 10 Uhr vorgelegen. Seine Fraktion hätte den Antrag einfach einbringen können bei Position 5 der Tagesordnung. Sie habe davon abgesehen, weil sie vorausgesetzt habe, daß der Oberbürgermeister so entgegenkommend sein und den Antrag zulassen werde. Man habe schon früher die Erfahrung gemacht, daß man sich auf Formalitäten verleihe, wenn man von einem Antrage unangenehm berührt sei. Die Art und Weise der Behandlung des Antrages durch den Oberbürgermeister habe in seiner Fraktion einen außerordentlich ungünstigen Eindruck gemacht.

Wasserd, Graf und Gräfin Manjou mit ihren Söhnen, Baron und Baronin Werz, Dr. Geydander und der alte Kammerdiener Bruno zogen. Der Fürst trat in der letzten Stunde bei. Er erkannte keine Anzeichen und sagte, als ihm die Gräfin Manjou ein Kissen gereicht legte, lächelnd: „Ich danke Dir, mein Kind!“ Dann entschleunigte er sanft; Weidmrat Soeweninger konnte noch wenigen Minuten den Tod feststellen.

Draußen lag der tiefe Frieden der Nacht. Langsam gingen wir dem Waldhof zu; einige Dämme erwarpten dort den letzten Zug. Jetzt — ein Hüben und Schrauben, ein Pfiff, und der Zug rollt in den Waldhof; mehrere Passagiere erheben sich am Fenster. „Fürst Wismar ist tot!“ Ein unwillkürlicher Ausruf des Erstaunens — schon dampft der Zug weiter. Lebendige Kunde vom Tode des Fürsten in die Ferne tragen. Wo war der Mond sein Licht auf die Wälder des Schwarzwaldes. Nur bereinigt ist ein Strahl durch das dicke Gestrüch, sonst war das Waldesdickicht in tiefes Dunkel gehüllt. Durch die hohen Wipfel fuhr der laue Nachwind; die Blätter rauschten geheimnisvoll leise, es war, als wären sie ein Lied — ein Lied für Deutschlands größten Mann.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten. In der alten alma mater Ruperto Carolo zu Heidelberg ist bei den Wahlen der Nichtakademiker zum Ausschuss der Gesamtstudentenliste für das Wintersemester 1908/09 zum ersten Male eine Dame und zwar eine Mannheimerin gewählt worden. Die tapfere Vorkämpferin der Frauenbewegung an der Universität Heidelberg ist Franziska Amalie Bohrmann aus Mannheim, die seit dem Sommersemester 1907 bei der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät inskribiert ist. In Gruppenausschüssen waren übrigens schon früher Frauen als Vertreterinnen tätig. Wir erinnern nur daran, daß dem Ausschuss der Freien Studentenschaft in Freiburg i. Br. im Sommer 1907 sogar 2 Damen angehörten. — Der Großherzog hat unterm 7. Juli den Regierungsrat

Karl Winter in Freiburg zum Professor an der Baugewerkschule in Karlsruhe ernannt. — Der Großherzog hat dem Bibliothekar an der Universitätsbibliothek Heidelberg Dr. Rudolf Sillib den Titel Professor verliehen.

Der Maler Louis Corinth, Vorstandmitglied der Berliner Sezession, vollendet heute das 50. Lebensjahr. Er ist am 21. Juli 1858 zu Tarpian in Dänemark als Sohn eines Gerbermeisters geboren und zählt mit seinem großen vielseitigen technischen Können und dem kraftvollen, manchmal ungeheuren Naturalismus zu den herausragendsten Stützen der Sezession. Auch sachverständig hat sich der Künstler neuerdings mehrfach betätigt. Von sachmännlichem Wert ist sein Buch „Das Erkennen der Wolken“.

„Grieg's Grabstätte“ im Kaiserlichen Schloß. Wie der „Zuf.“ zuverlässig mitgeteilt wird, hat der Kaiser einen bekannten Berliner Künstler, der schon mehrfach von ihm Aufträge erhielt, mit der Herstellung eines Kolossalgemäldes, die Geschichte Grieg's darstellend, beauftragt, wofür die Stipendien bereits fertiggestellt sind. Das Bild soll im Kaiserlichen Schloß seinen Platz erhalten. Bekanntlich hat der Komar auch auf seiner diesjährigen Nordlandreise das Grab des nordischen Komponisten besucht, der sich seiner besonderen Verehrung erfreute und dessen Werke im Kaiser jetzt einen aufritzigen Bewunderer fanden. Wie vielleicht erinnerlich sein dürfte, war Grieg wiederholt Gast des Kaisers in Berlin. Der Künstler war von der Persönlichkeit Kaiser's Wilhelm's entzückt, und besonders gefiel ihm nach seiner eigenen Aussage dessen natürliches und gerades Wesen, sowie das Verständnis, das er speziell der nordischen Musik entgegenbrachte. Einst war Grieg auch der Gast des Kaisers auf der „Hohenzollern“, wo er ein Erlebnis hatte, von dem er stets mit Vergnügen erzählt. Der Kaiser, der mit ihm auf Deck stand, ließ ihm, da gerade Winter waltete, seinen Willkürmantel. Als Grieg nun damit auf Deck hasten ging, rief ihm ein Offizier zu: „Geben Sie acht! Der Kaiser's Mantel! Schloß!“ Bei diesen Worten aber kam gerade der Kaiser hinzu, der freundlich sagte: „Die Hauptrolle spielt, daß ich unter Reicher nicht erlöset.“ Wie sehr der Kaiser die Kunst Grieg's wertschätzte, geht wohl am besten aus dem

Telegramm hervor, das die Witwe Grieg nach dessen Tode erhielt. Es lautete: „Ich spreche Ihnen aufrichtig das Lobes Ihres Gemahls die herzlichste Teilnahme aus. Er und seine Kunst werden nie vergessen werden, weder von mir, noch von seinen Landsleuten oder von uns Deutschen. Gott tröste Sie in Ihrem Schmerz.“

Ein Vorbild von Adolfs Totenkopf. Als der deutsche Kaiser in Kurfürstentum trat, wieder die Behauptung auf, die seine Kunst fälschlich vorgelagerte Insel Kondition, das „Mausfischchen“, sei das Vorbild von Adolfs Totenkopf. Adolfs Totenkopf gewesen. In der „Kunst für Alle“ wird jetzt diese Annahme mit guten Gründen bestritten. 1898 hatte der Münchener Professor Friedrich Hammet die These zum ersten Male aufgestellt, und sie ist seitdem trotz des Widerspruches der Kenner immer wiederholt worden. Für den obersten Schöpfer wandte sich Prof. Julius Vogel-Wilhelm Nagemann. Und das mit Recht. Denn das Bild des Meisters ist gar nicht vor der Natur entstanden. Außerdem war Adolfs niemals auf Kurfürst, so er bestritt anfangs überhaupt, daß mit der Totenkopf irgend ein bestimmtes Bild gemeint sei. Das Bild ist im April und Mai 1850 zu Florenz gemalt. Die Gräfin Octavia aus Wälsheim besuchte auf einer Italienfahrt den Meister und bestellte bei ihm ein Bild zum Träumen. Adolfs ging sofort ans Werk. Als die Gräfin nach einigen Wochen wieder nach Florenz kam, konnte sie der Künstler vor das bereits fertige Gemälde führen. „Sie erhalten, wie Sie gewünscht, ein Bild zum Träumen.“ sagte er zu ihr, „es muß so stille werden, daß man erschrickt, wenn angeklopft wird.“ — Sie gelang, stellte es Adolfs in Adre, daß die „Totenkopf“ irgendwo „im Original“ zu finden sei. Er hat aber später scheinbar doch soviel zugestanden, daß ihm gewisse Züge der Bonaparte im Halse von Goeta, die er gekannt hat, das Motiv gaben. Doch ist das Bild dann ganz frei, ohne Verwendung von Studien, entstanden. In diesem Sinne hat sich auch der Künstler ausgesprochen. Undankbar aber kann als Vorbild zur „Totenkopf“ niemals erwähnt in Betracht gezogen werden.

Joel Kainz. Von zuverlässigster Seite geht der „Z. B.“ die Mitteilung zu, daß Joel Kainz im nächsten Spieljahre durch mehrere Monate in Berlin tätig sein und in der wichtigsten

Oberbürgermeister Martin stellt wiederholt fest, daß seine drei vollen Tage zwischen der Einbringung des Antrages und dem Sitzungstage liegen. Zur Sache habe er noch keine Stellung genommen und wolle sie auch heute nicht. Ingeborg wolle er, daß die Argumentation, daß die Position 3 möglicherweise inhaltlich im Zusammenhang gebracht werden könne mit dem Antrage, etwas für sich habe. Er habe geglaubt, sich an den Beschluß halten zu müssen, der schon ein halbes Duzend mal zur Geltung gebracht worden sei.

Stv. R. Seib stellt sich auf den Standpunkt des Oberbürgermeisters. Man sollte an dem Beschluß festhalten, daß drei volle Tage zwischen dem Einbringungs- und Sitzungstage liegen müßten. (Nurde links.) Wenn die Sache für so wichtig halte, hätte sie den Antrag früher einbringen müssen.

Stv. Säßling bemerkt, außerordentliche Umstände verlangen außerordentliche Behandlung. Es sei ausgeschlossen, daß der jetzige Bürgerausschuß noch einmal vor den Neuwahlen zusammenkomme. Die Angelegenheit sei so wichtig, daß man keine fünf Monate warten könne. Im Dezember sei neulich eine Interpellation nach am gleichen Tage behandelt worden. Deshalb hätte man auch in dieser wichtigen Frage mehr Entgegenkommen verlangen können. Er glaube nicht, daß im Sommer noch eine Sitzung stattfinden. Im September werde kaum noch eine Sitzung stattfinden und am 20. Oktober seien die Neuwahlen. Vor Dezember, Anfang Januar werde der Bürgerausschuß also nicht mehr zusammenkommen. Das hätte der Stadtrat in Betracht ziehen sollen. Der Antrag sei keine Ueberrumpelung, weil es sich um eine Materie handle, die schon wochenlang die ganze Öffentlichkeit bewegte. Man hätte deshalb verlangen dürfen, daß der Antrag hier behandelt werde. Seine Fraktion werde sich genötigt sehen, das Stadtratskollegium aufzufordern, ob es bereit sei, in der Behandlung des Antrages einzutreten.

Stv. R. Seib konstatiert wiederholt, daß der Antrag zu spät eingebracht worden sei und deshalb auch nicht besprochen werden könne.

Stv. Dr. Frank bemerkt, bei dem Gang, den die Diskussion genommen habe, sei seine Fraktion genötigt, den Antrag zu wiederholen zu der Position 3 der Tagesordnung. Seine Fraktion ist nicht Schuld daran, daß der wichtige Antrag dadurch eine recht unwürdige Ueberschrift bekomme. Man habe dem Bürgerausschuß Gelegenheit gegeben, seinen Willen kundzugeben, dafür zu sorgen, daß der Antrag als besondere Differ auf die Tagesordnung gesetzt werde. Nachdem Kollege Säßling mit Recht darauf hingewiesen habe, daß Gefahr bestehe, daß die Angelegenheit monatlang verzögert werde, stelle er erneut den Antrag und gebe damit den Mitgliedern des Bürgerausschusses Gelegenheit, sich zu äußern, wie sie sich zum Koalitionsrecht der technischen und kaufmännischen Angestellten und Arbeiter stellen. Seine Fraktion sei überzeugt, daß die Öffentlichkeit und insbesondere die technischen Angestellten verstehen werden, wenn sie die Frage bringlich behandle und die unwürdige Form wähle, zu der der Oberbürgermeister und die Mehrheit des Kollegiums sie zwängen.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, Stv. Dr. Frank werde anerkennen müssen, daß man dem Stadtrat Gelegenheit geben müsse, zu einem solchen Antrag Stellung zu nehmen. Bei einer herkömmlich kurzen Einreichungsfrist sei dies absolut unmöglich gewesen. Die Angelegenheit werde voraussichtlich in der nächsten oder übernächsten Stadtratsitzung behandelt werden. Er möchte bitten, daß sich das Kollegium darüber ausspreche, ob es die Erörterung des Antrages wünsche. In anderen Kollegien werde ein dergleicher Antrag, weil er geschäftsordnungsmäßig überhaupt nicht zulässig sei, gar nicht behandelt. Im Mannheimer Bürgerausschuß sei die Behandlung dergleicher Anträge schon seit einer Reihe von Jahren üblich. In dieser Richtung solle festgehalten werden.

Stv. Glaser fährt aus: Wir haben erst gestern unsere Vorbesprechung gehabt über die Stadtratsvorlagen. Da und nun mitgeteilt wurde, daß der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion nicht zur Beratung kommen werde, haben wir zu ihm auch keine Stellung genommen. Wir werden uns deshalb auch nicht darauf einlassen, uns über die Resolution auszusprechen, ob nicht eine Beratung in unserer Fraktion stattgefunden hat. Ich glaube, nachdem der Herr Oberbürgermeister erklärt hat, daß auch der Stadtrat noch keine Stellung genommen hat, daß auch die sozialdemokratische Fraktion auf die Beratung der Resolution im Zusammenhang mit der Erstellung einer Bedürfnisanstalt verzichtet hätte. Ich kann einen Zusammenhang mit der Vorlage nicht finden und mag im Namen meiner Fraktion erklären, daß wir an einer Beratung der Resolution uns nicht beteiligen.

Stv. Nörzig bemerkt, es sei zweifellos bei der Einbringung der Resolution die Zeit nicht innegehalten worden. Solange die Zustimmung zu Recht besteht, müsse sie zweifellos gewahrt werden. Trotzdem scheint es ihm möglich, daß man bei diesem Punkte der Tagesordnung eine dergleiche Resolution einbringe. Seine Parteifreunde seien auch bereit, in eine Behandlung der Materie einzutreten, weil sie die Angelegenheit für wichtig halten und weil in der nächsten Zeit keine Bürgerausschusssitzung mehr stattfindet.

Spielzeit von Weihnachten bis Ostern, dem Hofburgtheater fernbleiben wird. Der Vertrag, der König an das Hofburgtheater bindet, läuft erst im Jahre 1912 ab. Der Künstler erklärte vor Schluß des heutigen Spieljahres, daß er entschlossen sei, den 1912 ablaufenden Vertrag nicht zu erneuern und erlaube, ihn spätestens in zwei Jahren aus dem Ensemble des Hofburgtheaters auszuscheiden zu lassen.

Ein große Orgel in der Westerkirche. Papst Pius X. hat soeben, wie der Gaulois berichtet, den Wunsch geäußert, daß eine monumentale Orgel im Peters-Dome erbaut werde, nach dem Plane, den Cavallotti-Goll schon 1898 entworfen hatte und der nachher von Pius IX. und Leo XIII. gutgeheißen war. Als heute vor der Plan jedoch nicht zur Ausführung gebracht worden. Eine alte Tradition verbietet, wie man sagt, jede Instrumentalmusik im Gegenwart des Papstes; auch sollte das ehrwürdige Wandwerk des Bramante und Michelangelo nicht durch eine Tribüne beeinträchtigt werden, und die Riesenorgel des Raumes sollten nicht für polyphone Musik nicht geeignet sein. Die Tradition wird insofern durch die Geschichte widerlegt: es gab ehemals in St. Peter Orgeln und auch berühmte Organisten; an dem Tage, wo Frescobaldi sein Amt übernahm, stellten mehr als 20000 Romaner herbei (1615), und dieser berühmte Organist hatte eine ganze Reihe von Nachfolgern, die zu den ersten Künstlern ihrer Zeit zählten. Was die Architektur angeht, so wird man mit größter Schonung vorgehen und die Orgel gegen den Hintergrund des Apsisendes oder auch in einem der kleinen Nischen des Schiffes zunächst der Konzeption errichten; sie wird auch beweglich sein und von ihrer Stelle entfernt werden können. Die akustischen Schwierigkeiten zu lösen, wird Sache des Orgelbauers sein; wenn aber die Silbernen Trompeten mit ihrem Tone durchdringen, eine wie sehr die Menge sich unter der Pappel auch dränge, so werden die brausenden Orgeln dies in noch viel höherem Maße vermögen.

Eine Seitenkapelle für Stenhal. Dem Verfasser der „Promenaden durch Rom“ soll endlich auch in der „Litta“ ein äußerliches Anerkennungsgeldchen geteilt werden. Einige römische Besucher

Stv. Mehlner bemerkt, man müsse die Geschäftsordnung, die man sich selbst gegeben habe, auch halten. Was die Sache selbst anlangt, so werde man an sich darüber einig sein, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten überall hochgehalten werden müsse. Aber die Konsequenzen im einzelnen praktischen Fall zu ziehen, habe doch mancherlei auf sich. So müßten allgemeine Bedingungen für die Vergebung von Arbeiten ausgearbeitet werden. Er glaube, daß es hier am Platze sei, daß man die Frage zuerst im Stadtrat und in den einzelnen Kommissionen berate und dann wieder dem Bürgerausschuß Vorlage mache.

Stv. Wachenheim konstatiert, daß der Antrag für seine Fraktion eine vollständige Ueberraschung gewesen sei. Es habe auch nicht jeder, was in der Presse über den Angriff auf das Koalitionsrecht der kaufmännischen und technischen Angestellten geschrieben worden sei, so eingehend verfolgt, um sich ein Bild darüber machen zu können, wie man sich zu dem Antrage stellen müsse. Aber er glaube, daß die Mehrheit seiner Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Er begrünze es andererseits im Hinblick auf die Verhältnisse, die früher bei gewissen Formalitäten anzutreten, daß sich der Oberbürgermeister ganz genau und streng an das halte, was ihm vorgezeichnet sei. Die sozialdemokratische Fraktion sollte zugeben, daß ein Formfehler gemacht worden sei. Es sei auch nicht ganz richtig, daß bis zu den Neuwahlen keine Sitzung mehr stattfinden könne. Er müsse erklären, daß er gegen die Besprechung stimmen werde, obwohl ein Zusammenhang mit der Tagesordnung ganz gut hergestellt werden könne, weil die Geschäftsordnung gewahrt werden müsse.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, er für seine Person habe nichts dagegen einzuwenden, daß der Bürgerausschuß wieder im September zusammenkomme. Das Kollegium brauche nur zu wollen. Dann könne man im September wieder eine Bürgerausschusssitzung halten. Er schlägt vor, er bringe den Gegenstand in der nächsten Stadtratsitzung zur Erörterung und Beschlusfassung darüber, ob eine Bürgerausschusssitzung noch im September stattfinden könne. Wenn die Fraktionen auch in diesem Sinne einig seien, könne man im September über den Antrag sprechen. Was die Tragweite der Resolution betreffe, so bestünde sie bei Stv. Dr. Frank im Artium, wenn er meine, dem Antrag könne ohne weiteres entsprochen werden. Der Antrag habe auf die Finanzen der Stadt eine ganz außerordentliche Tragweite, die er für seine Person absolut nicht ersehen könne. Er möchte nur ein Beispiel anführen. Die Stadt sei oft in der Lage, ganz große Arbeiten an auswärtige Firmen zu vergeben. Es handle sich bei der Vergebung manchmal um sehr große Differenzen oder um Arbeiten, die hier nicht gemacht werden könnten. Wie wolle man auch die Kontrolle über die auswärtigen Firmen ausüben. Jedenfalls spreche schon das eine Beispiel dafür, daß der Antrag genau geprüft und erörtert werden müsse. Deshalb müsse man auch dem Stadtrat die Möglichkeit zur Stellungnahme geben.

Stv. Säßling befürchtet, daß sich in der Zwischenzeit manches ereignen kann, was schädlich wirkt. Es sei nötig, daß von den öffentlichen Korporationen Stellung genommen werde. Wenn der Oberbürgermeister erkläre, der Antrag habe einen kolossalen Einfluß auf die Finanzen der Stadt, so müsse er dem gegenüberhalten, daß er bis jetzt der Meinung gewesen sei, daß die Stadt nur solchen Firmen Arbeiten übertrage, die das Koalitionsrecht hochhielten. Im Bürgerausschuß sei auch letzteres immer die Meinung vertreten worden, daß alle Firmen von der Lieferung ausgeschlossen werden sollten, die zu Schleuderpreisen arbeiten. In der „Vollstimmte“ sei der Antrag zeitig genug veröffentlicht worden. Ich weiß, die Herren von der Rechten lesen nicht alle die „Vollstimmte“, aber sie lesen sie jedenfalls lieber als den „General-Anzeiger“. (Große Heiterkeit.) Er könne Namen nennen, wenn es gewünscht werde. Die Presse sämtlicher Parteien in Mannheim sei in der Verurteilung des Angriffes auf das Koalitionsrecht einig gewesen. Man dürfe wohl annehmen, daß dann auch die einzelnen Fraktionen einig gewesen seien. Die angebliche Verhinderung hinter die Geschäftsordnung lasse tief blicken. Es liege kein Grund vor, die Frage jetzt nicht zu besprechen. Er glaube, wenn sich das Kollegium auf eine halbe Stunde vertage und so den Fraktionen und dem Stadtrat Gelegenheit gegeben werde, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, am Besten die Sache gleich behandelt werden könne.

Stv. Nörzig empfiehlt, den Antrag zurückzustellen bis zur nächsten Bürgerausschusssitzung. Er halte den Antrag für so außerordentlich wichtig, daß es ihm von großem Wert erscheine, ein möglichst einheitliches Wort des Bürgerausschusses zu bringen. Wenn die einzelnen Parteien vorher noch über die Frage reden wollten, so sei dies kein unbilliges Verlangen und sei des Entgegenkommens wert.

Stv. Dr. Frank führt aus: Auch seine Fraktion lege großen Wert darauf, daß möglichst eine einheitliche Kundgebung zustande komme. Aber nicht nur eine einheitliche, sondern eine schnelle Kundgebung sei notwendig, wenn der Beschluß praktische Nützlichkeit haben solle. Zum mindesten müsse man die Beweiskraft haben,

Herrn Boyle's haben sich zu einem Komitee vereinigt, das an dem lange von Stenhal bewohnten Hause in der Via Gregoriana eine marmorne Seitenkapelle errichten will.

„Der Kampf um Rom“ als musikalisches Bühnenwerk. Generalmajor Freiherr von der Holz, der bereits mehrere Opern komponiert hat, hat ein neues musikalisches Bühnenwerk fertiggestellt, dessen Text er selbst D o h n s großem holländischen Roman „Der Kampf um Rom“ entnommen hat. Das Werk, ein vieraktiges musikalisches Drama, das den Titel „Wittich“ führt, wird im Anfang der nächsten Saison am Schweizerhof-Theater, wo bereits frühere Opern des Freiherrn von der Holz gespielt worden sind, zur Aufführung gelangen.

Von der New Yorker Oper. Aus New York wird berichtet: Der Nachfolger Contrails in der Leitung des Metropolitan Opera House, Gatti-Casazza, der mit dem stattlichen Jahresgehalt von 20000 Dollar, über 120000 Mark, angeheilt ist, ist bereits eifrig mit den Vorbereitungen für die nächste Spielzeit beschäftigt. Natürlich ist er auch interessiert worden, und er hat sich eingehend über seine musikalischen Kandidaturen wie über seine Pläne geäußert. Zunächst sprach er sehr beifällig davon, daß die Werke der Opern ihm freie Hand lassen und alles Geld zur Verfügung stellen, das er brauche. Dann aber legte er folgendes Bekenntnis ab: Natürlich sehe ich in Wagner den größten Komponisten für die Opernbühne. Wer läte das nicht? Nach Wagner, glaube ich, hat Debussy die originellste Musik geschrieben; er hat eine ganz neue Schule begründet. Ich bewundere Strauss, dessen „Salome“ mir an der Stelle aufgeführt haben; aber er ist eigentlich ein Nachfolger Wagner's und Berlioz's. Charpentier ist sehr originell. Bizet's „Carmen“ ist ein Meisterwerk, weil dramatischer denn Gounod's „Faust“ u. d. . . . Tulas ist ein junger Mann mit wunderbaren technischen Fähigkeiten, von dem ich viel erwarte, aber er hat nichts neues gebracht, sondern ist ein Schüler von Debussy und Wagner. . . . Es scheint, daß damit die Sterne bezeichnet sind, die von nun an über der New Yorker Oper leuchten sollen.

ob und wann die nächste Bürgerausschusssitzung stattfinden. Es sei etwas ungewöhnliches, wenn das Kollegium lebendig zur Beratung sozialpolitischer Grundfragen zusammentritt. Aber die Gesichtspunkte, die er hervorgehoben habe, rechtfertigten die Dringlichkeit. Es sei zu befürchten, daß ein sehr großer Teil der Herren Kollegen später nicht mehr die Zeit finden werde, beizutragen zur Beschlußfähigkeit des Hauses. Er richte deshalb an die Herren von der Rechten die Mahnung, die Gelegenheiten zu ergreifen, das wieder gut zu machen, was der liberale Parteifreund König-Wirtemberg in dieser Frage schlecht gemacht habe. Gerade der liberalen Seite des Hauses würde es am besten anstehen, wenn sie, was an ihr liegt, tue, um schleunigst und gründlich die Öffentlichkeit darüber zu erklären, daß Mannheim nicht unbedingt gezwungen wissen wollten.

Stv. Wachenheim schlägt sich den Ausführungen des Stv. Nörzig an. Er glaube, daß die Mehrheit des Kollegiums sich für den Antrag aussprechen werde. Aber aus Geschäftsordnungsründen sei er gegen eine sofortige Behandlung.

Stv. R. Seib bemerkt, der Stadtratsverordnetenvorstand in dem einverstandenen, daß im September noch eine Sitzung stattfinden. Davon habe niemand etwas, wenn man sich nicht vorher genügend informiert habe. Man wolle doch aus Ueberzeugung Ja sagen. Im September werde man sich weiter unterhalten.

Stv. Glaser: Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß wenn ich vorher im Namen meiner Fraktion erklärt habe, daß wir uns an einer Beratung der Resolution nicht beteiligen würden, nicht etwa daraus zu folgern wäre, daß wir mit der Tendenz dieses Antrages nicht einverstanden wären. Im Gegenteil, ich glaube im Namen der überwiegenden Majorität meiner Freunde erklären zu können, daß wir stets an der Wahrung des Koalitionsrechts der Arbeiter festhalten werden. Wenn wir erklärt haben, daß wir heute an einer Beratung nicht teilnehmen, so geschah dies lediglich aus sachlichen Gründen, weil wir nicht wollen, daß über eine derartige Resolution abgestimmt werde, ohne daß vorher sämtliche Freunde Stellung zu einem so wichtigen Antrag zu nehmen Gelegenheit hätten. Und dann auch wiederum aus dem Grunde, der Herr Oberbürgermeister Martin mit Recht in den Vorbergrund gerückt hat: Daß wir nicht gegen ein Gesetz verstoßen wollen, das wir uns selbst gegeben haben. Ich möchte wissen, was Sie gesagt haben würden, wenn Herr Oberbürgermeister Martin in einem anderen Falle einen Beschluß des Bürgerausschusses nicht respektiert hätte. Ich verspreche auch, daß wir im September jahtlich an der Sitzung teilnehmen werden.

Oberbürgermeister Martin konstatiert, daß es für die Erledigung der städtischen Geschäfte nur von Vorteil sei, wenn im September eine Sitzung abgehalten werde.

Stv. Glaser: Seine Fraktion habe keinen Anstoß, auf den Beschluß nicht einzugehen. Es sei ein Artium, wenn man meine, die Formalitäten seien bei dieser Frage verletzt worden. Man sei von der Auffassung ausgegangen, daß die Argumentation zulässig sei, daß ein Zusammenhang zwischen der vorliegenden Position und dem Antrag bestehe. Der Antrag sei noch am gleichen Tage aus der „Vollstimmte“ von der „Rechten“ von „Bundbesitz“ übernommen worden. Stv. Wachenheim stelle fest, daß der Antrag dem zum ersten Male gelde habe. Daraus könne man ersehen, wie viele Mitglieder der Fraktion ihre eigene Meinung nicht teilen. Daraus sei die sozialdemokratische Fraktion nicht schuld.

Oberbürgermeister Martin konstatiert, daß der Stadtrat nach kurzer Beratung bestimmt zugestanden habe, daß im September wieder eine Sitzung abgehalten werde.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der Stadtratsliche Antrag zu Position 5 einstimmig genehmigt.

Verkauf eines Bauplatzes an die Oberrheinische Versicherungsgesellschaft in Mannheim. Der Bürgerausschuß wird ersucht, vom freihändigen Verkauf des Bauplatzes Nr. 2208 im Baublock 39 der städtischen Stadterweiterung mit einem Flächeninhalt von 6000 qm an die Oberrheinische Versicherungsgesellschaft in Mannheim und zwar einschließlich der Auffüllungsstellen a) 5000 qm zum Preis von 50 Mk. für den qm = Mk. 250000, b) 1000 qm zum Preis von 45 Mk. für den qm = Mk. 45000, zusammen Mk. 295000, seine Zustimmung zu erteilen.

Stv. R. Kulla begründet die Vorlage und bemerkt, daß der Verkauf infolge des billigen Preises vielfach bemängelt werde. Aber offenbar werde das Gebäude ein recht rentier Bar, der unserer Stadt nur zur Zierde gereiche. Er glaube, daß aus der Vorlage Zustimmung könne und er beantrage deren Annahme.

Stv. Schweifort verlangt einen Situationsplan des Baues, da vielfach Mißverständnisse wegen der Bauart, ob offen oder geschlossen, herrschen.

Oberbürgermeister Martin veranlaßt die Herbeischaffung des Situationsplanes und beantragt inzwischen den nächsten Punkt der Tagesordnung zu beraten.

Verwendung der Sparkassenüberschüsse des Jahres 1907. Der Bürgerausschuß wird ersucht zur Verwendung des verfügbaren Ueberschusses der Sparkasse aus dem Geschäftsjahre 1907 für angegebene gewinnmäßige Zwecke im Jahre 1909 seine Zustimmung zu erteilen.

Stv. R. Seib ist mit dem Vorkauf der Vorlage einverstanden, dagegen mit dem Inhalt nicht, denn der Stadtratsverordnetenvorstand beantrage anstatt der vorgeschlagenen Mk. 60000 Mk. 120000 der Stadt zu überwiesen. Im nächsten Jahre müßten überall größere Aufwendungen gemacht werden. Die Kurserlöse der Sparkasse belaufen sich im vergangenen Jahre auf Mark 188000. Wenn man einmal soviel Kurverlust haben kann, so kann man im allgemeinen gratulieren. Aber für die Stadtgemeinde ist es nicht gerade angenehm.

Oberbürgermeister Martin macht darauf aufmerksam, daß bezüglich der Sparkasse ein weiterer Antrag und zwar von den Herren Säßling und Probst vorliege, der an die Stadtkasse Mk. 116400 abzuliefern verlange.

Der sozialdemokratische Antrag wird hierauf zugunsten des Antrages des Stadtratsverordnetenvorstandes zurückgezogen.

Stv. Dittenhöfer kommt zu die Ausführungen des Stv. R. Seib und auf den sozialdemokratischen Antrag zu sprechen und bemerkt, wenn die Herren, die diesen Antrag stellen, die Kurse nachgegeben hätten, zu denen die Wertpapiere vor rund 8 Millionen aufgenommen wurden und wenn die Herren diese Kurse mit dem heutigen Kursblatt verglichen, so werden sie finden, daß neben den 140000 Mk. Kurserlös noch einmal ein solcher Verlust von über 100000 Mk. hinzukommt. Nun fragt ich Sie: was hat es für einen Nutzen, wenn Sie heute der Partizipation Mk. 120000 geben und Sie müssen es im nächsten Jahre wieder verlangen? Und es ist dieses wahrscheinlich, denn es besteht in allen Einzelheiten eine traurige Lage. Das wäre keine weise Finanzpolitik! Ich hatte gehofft, daß der Stadtratsverordnetenvorstand und Sie alle dafür eintraten würden, daß man auf die 80000 Mk. überhaupt verzichtet hätte, damit man auch im nächsten Jahre wieder einen richtigen Ueberschuß verteilen könnte. Ich empfehle Ihnen dringend, es bei dem Vorkauf der Kommission zu belassen, andernfalls wird man im nächsten Jahr den Schaden haben. Die Kommission hat ihren Beschluß nach ihrer Ueberlegung gefaßt.

Stv. Süßkind ist ganz anderer Ansicht und betont, daß man auch ohne die Spezialreferenz wohl in der Lage sei, einen Ueberschuß zu verteilen. Einzelne der Kurspapiere seien in ihrem Kurs wohl zurückgegangen, andere aber dagegen gestiegen oder doch gleich geblieben. (Str. Duttenschöfer: Welche?) Der Redner nimmt alsdann das Kurblatt der „Hess. Btg.“ und weist aufgrund dessen nach, daß verschiedene Papiere um 20 Pfg. und mehr im Kurse gestiegen sind. Wenn Str. Duttenschöfer sage, die Referenzen werden geschwächt, so sei dies ebenfalls ein Irrtum. Er glaube, daß man keine vermehrten Einlagen bekommen werde. Er habe seinen Antrag zurückgezogen zugunsten des Antrages des Stadtverordnetenvorstandes. Wir haben die Verpflichtung, alle Gelder, die flüssig gemacht werden können, heranzuziehen und für die verschiedensten Zwecke, wie für die Schule, zu verwenden. Beanstanden müßte er einen Kosten für Aufwendungen und zwar nicht gegenüber der Sparkasse, sondern der Stadtverwaltung. Er möchte gerne Aufklärung über die Summe von M. 7000, die die Stadt als Anteil für die Zentralverwaltung erhalte, haben. Die Arbeit der Stadtgemeinde für die Sparkasse vermisse er. Alles habe er untersucht, aber keine Begründung für den Kosten finden können und er möchte nur wünschen, daß dieser Posten im nächsten Jahr nicht wieder vorkomme.

Stv. V. F. A. b. a. bemerkt hierzu launig, daß es wohl an der nötigen Einsicht fehle. Str. Duttenschöfer habe so vorher gesagt, wir handeln unweise. Wenn wir empfindlich wären, könnten wir uns ja darüber ärgern, aber wir tun es nicht. Unser beschränkter Untertanenverstand versteht dies eben nicht. (Weiter.) Es ist zu hoffen, daß die Kurdeckelungen nicht weiter so fortbauern, wie bisher und daß deshalb die Verhältnisse im nächsten Jahre schon etwas günstigere sind. Der Stadtverordnetenvorstand macht hier einen Vorschlag, den man wohl annehmen kann und der unserer Allgemeinheit, den Steuerzahlern, zugute kommt.

Stv. V. u. b. glaubt nicht, daß man dem Kollegium den Vorwurf einer schlechten Finanzwirtschaft machen kann. Seine Fraktion sei ebenfalls für den Antrag des Stadtverordnetenvorstandes. Der Redner fragt hierauf nach den Filialen der städtischen Sparkassen, deren Rentabilität und erkundigt sich dann darüber, wie das Wechselgeschäft sich bewährt.

Str. Duttenschöfer entgegnet: In erster Linie möchte ich dem Stv. V. F. A. b. a. und dem Stv. Süßkind entgegen, daß ich schon früher dagegen war, daß der Stadtverwaltung ein Zuschuß von der Sparkasse für die Zentralverwaltung gegeben wurde. Ich war gleich mit beiden Herren der Ansicht, daß die Sparkasse, die vollständig separat von den anderen Verwaltungen geführt wird, und sonst auch niemand untersteht, der Stadtverwaltung nichts zu bezahlen hat. Der Stadtrat war aber anderer Ansicht. Was nun die Bemerkungen des Stv. Süßkind anbelangt, so möchte ich ihn auf meine Ausführungen vom vorigen Jahre aufmerksam machen. Wenn Stv. Süßkind dies nachliest, so wird er finden, daß die Kurse recht niedrig geworden sind. Wir müssen als richtige Geschäftskente die Provision, wie Stempel, Steuern etc. hoch abrechnen. Es ist unsolide, wenn wir bei einem Kurseinsturz, wie er hier vorliegt, dem Referendats noch mehr entnehmen. Die Filialen der Sparkasse haben sich gut bewährt. Diese sind auf Wunsch der Bevölkerung eingeführt worden und es hat sich herausgestellt, daß die Filialen recht stark benutzt werden. Sobald sich das Bedürfnis nach weiteren Filialen herausstellt, werden solche errichtet werden. Das Wechselgeschäft hat sich bis jetzt, obwohl vor 2 Monaten erst eingeführt, soweit gut bewährt und ich glaube, daß dieser Anfang für uns von großem Vorteil ist und zwar deshalb, weil wir nicht gezwungen sind, das Geld beim Bankier liegen zu lassen. Wir haben auf diese Weise fortwährend flüssige Mittel. Bis jetzt hatten wir bereits 100 000 M. mehr Rückzahlungen als Einlagen. Ich warne Sie noch einmal: Bleiben Sie bei dem Beschluß der Kommission. Die Kurse werden noch weiter heruntergehen und dann werden Sie im nächsten Jahre gar keine Ueberschüsse mehr bekommen. Welche Wirtschaften heißt, daß man die Dividenden nach dem Verdienst berechnet und nicht nach dem Referendats. Sie greifen heute den Referendats an und das ist nach meiner Ansicht eine unweise Handlung.

Stv. Glaser: Die Ausführungen des Vorsitzenden der Stadt, Sparkasse sind auf dieser Seite hier nur sehr schlecht gehört und verstanden worden, weil er mehr nach der linken Seite sprach. Auch wenn wir sie gehört hätten, so würden wir unsere Freunde nicht veranlaßt haben, von unserem Beschluß abzuweichen und dem Antrag des Stadtverordnetenvorstandes nicht zuzustimmen.

Oberbürgermeister Martin: Der Stadtrat hat sich einstimmig auf den Standpunkt der städtischen Kommission gestellt und zwar deshalb, weil wir von der Annahme ausgingen, einen recht kräftigen Referendats zu haben. Der Redner kommt jedoch auf die Beschlässe über die Verteilung des Reingewinns der Stadt, Sparkasse vom Jahre 1901 zurück und bemerkt: Was im Referendats über 6 Prozent liegt, sei mit zur Deckung von Kurverlusten heranzuziehen. Es bestünde ja auch ein Beschluß, wonach alljährlich dem Referendats der Betrag bis zu 20 Proz. des Ueberschusses zuzuwenden sei und zwar solange, bis er die Höhe von 10 Prozent erreicht habe. Leider habe man diesen Beschluß niemals ganz ausgeführt, sondern nur immer 6 Proz. hinzugefügt.

In der hierauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag des Stadtverordnetenvorstandes, der Stadtverwaltung 100 000 Mark aus den Ueberschüssen der Sparkasse zu überweisen, mit großer Majorität angenommen.

Zwischen waren die Situationspläne des Neubaus der Oberbürgerlichen Versicherungsgesellschaft herbeigebracht.

Oberbürgermeister Martin erklärte auf die Anfrage des Stv. Schweitzer, daß die Vereinbarungen mit der Oberbürgerlichen Versicherungsgesellschaft zu einer Zeit geschlossen wurden, als noch die geschlossene Bauweise ortspolizeiliche Bestimmung war. Wir hatten aber doch bringen Interesse daran, daß offen gebaut werde und zwar, weil aller Voraussicht nach der Reiz des Baublockes auch in offener Bauweise erfüllt werden müßte.

Stv. Hoffmeister stellt verschiedene Anfragen betreffs dieses Baues, wie Geländeverkauf, Auffüllung des Baublockes etc. an den Herrn Oberbürgermeister, die derselbe beantwortet. Die Vorlage wurde hierauf einstimmig angenommen.

Verlängerung der Verwendungsfristen für außerordentliche Bewilligungen.

Der Bürgerausschuß wird ersucht, der vorgeschlagenen Verlängerung der Verwendungsfristen zuzustimmen.

Stv. F. A. b. a.: Der Stadtverordnetenvorstand empfiehlt die Annahme der Vorlage; es scheint aber, daß verschiedene Einwände dagegen erhoben würden.

Stv. V. u. b. verlangt Aufklärung über Post. 24 „Nordwestliche Postadenstraße beim Jagen, Buchhansgarten in der Schwehinger Vorstadt“ und über Post. 27 „Sanifikation der Verbindungsstraße zwischen den beiden Postadenstraßen beim Buchhansgarten in der Schwehinger Vorstadt“.

Stadtbaurat Eisenlohr entgegnet: Es fehlen in diesen Straßen noch verschiedene Kleinleitungen, weil man warten will, bis die Bauten alle angeführt sind. Die Randsteine werden z. B. immer dann nur gesetzt, wenn die Gebäude erstellt sind. Die Randsteine bilden ein teures Objekt; der Meter komme auf

M. 11. Bei Post. 24 handle es sich um einen Geländestreifen des Baumeisters Koch.

Oberbürgermeister Martin bemerkt dazu, daß, soviel er wisse, die Sache bereits geregelt sei.

Stv. Hoffmeister verlangt Auskunft über Post. 14: „Anschütten des Baublockes in der Dessischen Stadterweiterung“ und führt aus, daß, soviel er wisse, der in der Position erwähnte Baublock bereits verbaut sei und dann doch nicht mehr aufgefüllt zu werden brauche.

Stadtbaurat Eisenlohr erwidert dem Vorredner, daß es sich hier um einen Baublock handle, der noch nicht ausgefüllt sei.

Stv. Anselm kommt auf Post. 17: „Gartenfeldstraße von der Albhornstraße bis zum Gutemanngraben“ zu sprechen und verbindet damit den Wunsch, daß die Gartenfeldstraße verlängert werden möchte, insbesondere auch wegen der Arbeiter, die auf dem Industriebahnhof beschäftigt sind. In der letzten Zeit habe man in den hiesigen Zeitungen auch diesbezügliche Eingeländts lesen können. Es wäre dringend notwendig, wenn die Gartenfeldstraße verlängert würde.

Stadtbaurat Eisenlohr: Diese Sache hängt mit der Vorlage nicht zusammen. Wenn die Gartenfeldstraße verlängert werden solle, müßte eine neue Kanalisation vorgelegt und eine neue Vorlage an den Bürgerausschuß gemacht werden. Die Durchführung der Pyramidenstraße sei zurzeit nicht möglich.

Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen.

Eigentumsverhältnisse des Rathhausturmes und der Kramläden vor der Unteren katholischen Pfarrkirche am Marktplatz.

Der Bürgerausschuß wird ersucht, der mit der katholischen Kirchengemeinde Mannheim abzuschließenden Vereinbarung seine Zustimmung zu erteilen.

Stv. V. S. e. l. b. begründet in längerer interessanter, historischer Darlegung die Vorlage. Hiernach sind die beiden Gebäulichkeiten, Rathaus und Kirche, nach der Zerstorung der Stadt durch die Franzosen entstanden. Der Rathausbau wurde am 17. September 1700 begonnen und ein Jahr darauf, 1701, der Turm gebaut. Die katholische Kirchengemeinde und die politische Gemeinde besaßen die Kirchengelände, während dieses den Protestanten unterlag war. Die Glocken haben ihren Dienst getan und wenn sie zugrunde gingen, wurden sie wieder neu angeschafft und zwar bezahlte $\frac{2}{3}$ die Stadt und $\frac{1}{3}$ die katholische Kirche. Schon im 18. Jahrhundert wurde darüber gestritten, wem eigentlich der Rathhausturm gehöre. Ueber die Glocken hat man sich nicht gestritten. Auch zu den Turmreparaturen bezahlte die Stadt $\frac{2}{3}$ und die Kirche $\frac{1}{3}$ der Kosten. Neben der Kirche entstanden am Ende des 18. Jahrhunderts die Kramläden. Es ist nun darüber gestritten worden, wem gehört der Rathhausturm, wie können wir es mit den Glocken halten und wem gehören die Kramläden. Was den Rathhausturm selber anbelangt, so ist er im Grundbuch zu $\frac{2}{3}$ der Stadt und zu $\frac{1}{3}$ der katholischen Kirche gehörig eingetragen worden, und zwar bei Gelegenheit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es ist vor allem zu betonen, daß, wer eigentlich der Eigentümer des Grundstücks ist, auf dem die Kramläden stehen, nicht mit Sicherheit zu beantworten ist. Eine Anfrage, wer Eigentümer des Platzes sei, ging vom Bezirkamt aus. Die Anfrage hatte den Zweck, die Uden neuzuräumen. Die Stadtgemeinde hat gesagt, mich geht es nichts an und die katholische Kirchengemeinde hat gesagt, mir gehört der Boden nicht und so wurden die Kramläden erhalten. Wenn aber die Stadtgemeinde diesen Platz erhält, so würde wahrscheinlich eines Tages die Auflage gemacht werden können, die Uden neuzuräumen. Für die Stadtgemeinde stünde kein Wert in diesen Uden; wenn für die katholische Kirche ein Wert darin stünde, so ist dieser ihr ja zu gönnen. Die kath. Kirche hat das Gefühl, daß gerade über die Kramläden ein Prozeß recht gut zu gewinnen wäre. Sie hat die frivole Frage aufgeworfen, aber nicht wegen des Turmes, sondern nur wegen der Kramläden. Bei dem Turm ist die Sache so: Wer Eigentümer des Turmes ist, der hat eigentlich keinen sofortigen Gewinn. Wer einen diesbezüglichen Prozeß gewinnen würde, wissen wir nicht. Die Sache ist arg verwickelt. Bezüglich der Glocken hat die kath. Kirchengemeinde das Benutzungsrecht. Die Stadtgemeinde hat es auch; ausgeschlossen sind aber diejenigen, welche gegen die kath. Kirche läuten wollen. (Weiter.) Die Unterhaltung des Turmes gehört der Stadt. In den Glocken aber, Reparaturen wie Neubeschaffung übernimmt von nun an die kath. Kirchengemeinde die Hälfte und die Stadtgemeinde die andere Hälfte. Im Uebrigen wäre bei der Sache kein großer Gewinn herausgehungen. Der einzige Gewinn sei der, daß man endlich einmal mit der Sache fertig wäre und daß nicht vorher Prozesse ohne realen Grund zu führen sind. Der Stadtverordnetenvorstand sei deshalb zu dem Beschlusse gekommen, dem Kollegium vorzuschlagen, die Vorlage zu genehmigen.

In der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Oberbürgermeister Martin teilt Johann nach dem Stv. V. u. b. auf dessen Anfrage mit, daß die Angelegenheit bezüglich des Geländestreifens des Baumeisters Koch schon geregelt sei und schloß Johann 10 Minuten vor 6 Uhr die Sitzung.

Stv. V. u. b.: Die Großherzoglichen Herrschaften legten sich gestern vormittag zu mehrtägigem Kavalierball nach Schloß Obersteinburg.

Berein Rechtsanwältin für Frauen und Mädchen erteilt unentgeltlich Rat und Auskunft. Sonntags und Montags und Donnerstags von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Uhr im alten Rathaus, Zimmer Nr. 12.

Sonderzug nach Darmstadt. Die aus dem Inlandenteils ersichtlich, arrangiert der hiesige Verkehrs-Berein zum Besuch der Hessischen Landesausstellung für freie und angewandte Kunst in Darmstadt am nächsten Sonntag, den 28. d. Mts., einen Sonderzug, dessen Benutzung den Teilnehmern außerordentliche Preisvergünstigungen gewährt. Diese bestehen in ermäßigter Eisenbahntarife und billigerem Ausstellungsbesuch. Ferner genießen die Teilnehmer die große Kutschmischleite, den ganzen Tag unter sachkundiger Führung zu sein. Es werden voraussichtlich drei Gruppen gebildet; jedem Beteiligten ist es überlassen, an eine derselben sich anzuschließen. Gruppe 1 wird nach der Ankunft das Großh. Schloß mit der berühmten Holbeinschen Madonna, Gruppe 2 das Großherzogliche Museum und die Großh. Privatammlungen besichtigen, die Gruppe 3 hat Gelegenheit zu einem Spaziergang durch den Park nach dem Jagdschloß Kramschloß und dem hiesigen Oberwaldhaus (Steinbrüderkirche), dessen vorzügliche Restauration mitten im herrlichen Buchenwald gelegen ist. Nach dem Mittagessen werden sich die 3 Gruppen um 3 Uhr am Eingang zur Ausstellung sammeln, um gemeinschaftlich die sachkundige Erklärung der hochinteressanten Ausstellung zu begehren. Ein Gedränge auf dem Sonderzug selbst fehlt bei der zu erwartenden starken Beteiligung vermieden, weil die dem Kartenerwerb entsprechende Anzahl Güterbahnwagen zur Verfügung steht. Die Teilnehmerkarte, in welche alles eingeschlossen ist, kostet nur M. 2.20; die Abfahrt in Mannheim erfolgt vormittags 8.30, die Ankunft abends 9.34 Uhr.

Der Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke, O. W., bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: Der Ausschuss bei der Firma Braun, Doreri u. Co. A.-G. ist heute nach siebenwöchentlicher Dauer beendet worden. Die Beilegung ist auf Grund der zwischen dem Verband der Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband getroffenen Einigungsbedingungen erfolgt. Dieselben beruhen auf der Grundlage, daß erstens anstelle des bisherigen Systems der Akkordbestimmung das in der hiesigen Metallindustrie übliche tritt und zweitens die Akkorde einer gründlichen Revision unterzogen und nach allgemein üblichen Regeln in der Weise bestimmt werden, daß die Ansätze in das richtige Verhältnis zur Leistung gebracht werden. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird in der Weise erfolgen, daß die Streikenden bzw. Ausgesperrten je nach Bedarf von der Firma eingestellt werden.

Zur Beachtung! Es sei darauf hingewiesen, daß am 23. Juli der letzte Termin ist, an dem abgekauene Kilometerhefte noch zurückgegeben werden können. Damit wird das vielgepriesene Kilometerheft endgültig aus dem Verkehr verschwunden sein.

Auf dem Wege zur Schule totgefahren. Ein größlicher Fuhrwerkunfall ereignete sich heute früh in der Käfertaler Straße unweit des Uebergangs der Käfertaler Straßenbahn. Der 9 Jahre alte Sohn des Wagners Konrad in der Waldhofsstraße wollte auf seinem Wege zur Wohlgelegenstraße fahren. An der erwähnten Stelle begegnete ihm ein Vierfuhrwerk der Eckbaumtrawee, an das er zu nahe heran kam. Er erhielt von dem Wagen einen Stoß und stürzte vor das eine Hinterrad, das ihn über den ganzen Körper ging. Die Verletzungen waren so schwerer Natur, daß der bedauernswerte Junge, noch ehe er ins Krankenhaus verbracht werden konnte, verschied. Die arme Mutter des Jungen wollte schier verzweifeln, als sie im Allgemeinen Krankenhause hörte, daß sich ihr Kind nicht dort befinde und bereits gestorben sei. Den Lecker des Fuhrwerks soll keine Schuld treffen. Die Wagners der Fuhrwerk vor den Gefahren der Straße können in der Schule nicht genug wiederholt werden. (Siehe Polizeibericht.)

Waimakliches Wetter am 23. und 24. Juli. Für Donnerstags und Freitag ist trübendes, wenn auch noch zeitweilig bedecktes und etwas wärmeres Wetter zu erwarten.

Polizeibericht vom 22. Juli.

Selbstmord. In einem Anfall von Geistesstörung hat sich am 20. ds. Mts. vorm. die 48 Jahre alte Ehefrau eines in der Lalkstraße wohnenden Kaufmanns im Rheine in der Nähe des Birkenhäuschens ertränkt. Die Leiche wurde gestern früh gelandet und nach der Leichenhalle verbracht.

Tölicher Unglücksfall. Der 9 Jahre alte Volksschüler Friedrich Konrad von hier, welcher mit seinem Fahrrad heute früh die Käfertalerstraße entlang zur Schule fahren wollte, stieß an einem Abwehrstein und fiel so unglücklich unter das Hinterrad eines ihm begegnenden Vierfuhrwerks, daß er überfahren und getötet wurde. Ein Verzeichnis des Diebstahls soll nicht vorliegen.

Unfall. Heute früh $\frac{1}{2}$ Uhr brach ein 19 Jahre alter, lediger Eisenarbeiter in Karl betrunkenem Zustand in seine im 6. Stock des Hauses Kugartenstraße 9 gelegene Wohnung ein und mißhandelte seine Geschwister. Diese drängten ihn mit Hilfe anderer Hausbewohner zur Wohnung hinaus und schlossen die Türen. Er zertrümmerte hierauf im Jörn die Glasscheibe an der Abflughürde und zog sich hierdurch eine so schwere Verletzung des rechten Unterarmes (Schulgabel) zu, daß er mittelst Sanitätswagen in das allgemeine Krankenhaus verbracht werden mußte.

Herrnloses Fahrrad. Am 19. ds. Mts. früh 2 Uhr wurde auf dem Wegweg vor M. 3, 5 des nachbeschilderten Fahrrad gefunden, dessen rechtmäßiger Eigentümer erucht wird, das selbe bei der Kriminalpolizei (Schloß) in Empfang zu nehmen; Westfalrad Fabriknummer 394, außerdem gebogene Lenkstange, mit schwarzen Celluloidgriffen, schwarzem Rahmen, gelben Felgen mit schwarzen Rändern, rote, hochsteife Mäntel. Verhaftet wurden 17 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

XI. Deutsches Turnfest.

Sieger im Fünf- und Sechskampfe.
Im Fünfkampfe siegen: 1. Julius Wagner-Bern 100 P., 2. Arthur Butter-Ramming 104½, 3. R. Kastenbaum-München 102½, 4. Emil Wels-Berlin 102, 5. Paul Stapp-München 101, 6. Rudolf Brodbeck-Wlm 100½, 7. Christian Buis-Barmen 99½.
Im Sechskampfe siegen: 1. Bruno Wähler-München 180, Josef Antersich-Mitena und H. Müller-Witten 128, 3. Carl Simms-Darmstadt 128½, 4. Theodor Kuf-München 124, 5. Max Händgen-Heilzig, 6. Ferd. Jungbed-München, 6½, Beders-Brefeld und Karl Gutjch-Berlin 121½ und 7. G. Buis-Barmen 121.

Frankfurt a. M., 21. Juli. Am Montag wurden 480 000 Personen von der Straßenbahn bedient, um 20 000 weniger als am Sonntag. Am Hauptbahnhof wurden am Sonntag 70 000 Karten für 100 000 M. verkauft. Ein Turner erlitt durch Sturz eine Gehirnerschütterung, ein anderer eine Fußgelenkverletzung.

Die Kämpfe auf dem Balkan.

London, 22. Juli. (Von unserem Londoner Korrespondenten.) „Daily Mail“ erklärt, daß in offiziellen englischen Kreisen die durch die Reuters in der türkischen Armee geschaffene Lage als eine sehr ernste angesehen wird, wenn man auch die Meldungen englischer Blätter, daß 9 Bataillone der türkischen Armee revoltieren, für übertrieben hält. Es heißt, daß ein Vertreter des britischen auswärtigen Amtes von Konstantinopel aus nach den Auftrubdistrikten abgereist ist.

Konstantinopel, 21. Juli. Nachdem der türkische Botschafter in Paris, Münir Pascha, in Wien mit dem König über die zwischen Griechenland und der Türkei schwebenden Streitfragen beraten hat, erhielt er telegraphisch den Befehl, vor seiner Rückkehr hierher nach Belgrad und Bukarest zu reisen. Ueber diese unerwarteten Reisen gehen allerlei Gerüchte um. Mit meisten Glauben findet die Besart, daß der Sondergesandte des Sultans die Regierungen der beiden Staaten dazu bewegen soll, bei ihren Stammesgenossen in Mazedonien ihren Einfluß geltend zu machen, damit diese sich nicht mit ihren Banden den militärischen Empörern anschließen. In ähnlicher Weise soll

auch die bulgarische Regierung angegangen werden. Als Gegenleistung für diesen wesentlichen Dienst würde die Wforte dem Verlangen der einzelnen Regierungen nach Bahnanschlüssen mit den griechischen und bulgarischen Reg. sowie mit den Linien nach dem Adriatischen Meere zu nodigen.

Angeht die militärische Bewegung hat der Sultan sämtliche Subalternoffiziere des ersten und zweiten Armeekorps um einen Dienstgrad befördert. Man fragt sich aber sogar in türkischen Kreisen, woher man das Geld nehmen wird, um die daraus entstehenden Mehrausgaben zu decken, die sich auf wenigstens eine Viertel Million türkische Pfund belaufen werden.

Konstantinopel, 21. Juli. (Wiener Korr.-Bur.) Am letzten Sonntag hat eine ca. 100 Mann starke griechische Bande das bulgarische Dorf Ribarci angegriffen, 18 Gefolge verbrannt und 25 Personen, unter ihnen Frauen und Kinder, getötet, sowie fünf Personen verwundet.

Köln, 21. Juli. Der „Köln. Zig.“ wird aus Saloniki vom 21. d. gemeldet: Eine Versammlung in Perissowitj erklärte sich mit den Jungtürken einig und sandte ein Telegramm mit 1200 Unterschriften nach Konstantinopel. Auch die Führer der Albanesen verlangen ein Parlament. Fünftausend Albanesen sind im Vormarsch gegen Ueskub. Sie werden 1/4 Stunde von der Stadt lagern und eine Antwort aus Konstantinopel erwarten. Bigemajer Hali Pascha ist mit 2 Bataillons und 150 Mann in Bedona zu den Aufständigen übergegangen. Ibrahim Pascha, der Kommandant des 3. Korps, ist angeblich in Ungnade gefallen. Der zum Marschier beförderte Artillerie-Inspektor Schukrier Pascha soll seine Stellung einnehmen. 2 Militärgen mit anatolischen Rebellen sind nach Monastir abgegangen.

Köln, 22. Juli. Die „Köln. Zig.“ meldet aus Belgrad: Aus Mazedonien treffen hier Meldungen von militärischen Aufständen größeren Umfanges ein.

Ein jugoslawisches Memorandum an die Mächte.

Am 18. d. hat das jugoslawische Komitee dem Konsular-Korps in Rom für ein Memorandum überreicht, das im Auszuge lautet:

Die jugoslawische Partei, welche sich unter dem Namen „Ostmannische Liga für Union und Fortschritt“ konstituiert hat, konstatiert, daß missvollende Verträge lanciert wurden, um Zwiespalt und Verwirrungen zwischen den Elementen der Türkei zu säen. Dieselbe bringt daher ihre humanitären und liberalen Absichten zur Kenntnis:

1. Der Haupt- und Endzweck der Liga ist, die freie und aufrichtige Anwendung der Konstitution vom Jahre 1876 zu erreichen. Die Liga hofft auf eine diesbezügliche Unterstützung der Mächte, weil diese bereits ihre guten Absichten für die Völker der Türkei gezeigt haben, indem sie dem Sultan fortwährend raten und ihn verlangen, seinen treuen, aber infolge der Mißstände rebellierenden Völkern nachzugeben.

2. Die Liga erklärt feierlich, daß sie den Sultan Mohammed-V. nicht feindlich gesinnt sei, im Gegenteil, die Realisierung des konstitutionellen Regimes werde allen ohne Unterschied der Rasse und Religion gute kommen.

3. Wenn die Liga manchmal energische Mittel anwendet, so geschieht dies nur in äußersten Fällen, wenn es sich darum handelt, erbitterte Feinde der Freiheit zu bestrafen, also in Fällen der legitimen Verteidigung.

4. Die Liga verurteilt natürliches Blutvergießen. Die unglücklichen Völker der Türkei haben bereits genug Blut vergossen, und es sei zu befürchten, daß auch die Regierung der alten Türkei zwischen den Mohammedanern und Nichtmohammedanern ein Blutvergießen provoziert, um die Verantwortung auf die jugoslawische Partei abzuwälzen.

5. Das bestehende Staatsrecht dürfe nicht angegriffen, im Gegenteil, es werde sie gegen auswärtige Vandalen verteidigen und ihres Einvernehmens und Verbrüdertheit zwischen den Völkern predigen.

6. Um die streupförmige Haltung der Gegner zu kennzeichnen, wird darauf hingewiesen, daß Schami Pascha seiner persönlichen, aus Selbstvertrauen bestehenden Garde den Verfall von Medina als persönliche Insurrektion darstellte. Die Liga billigt die Kenntnis, das vorstehende Memorandum ihren Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Legationsrat Graf Welshofen über die Reformvorschlüge.

Der „Köln. Zig.“ enthält eine Interrogation eines Herrn Rebalante mit dem Legationsrat der österreichisch-ungarischen Botschaft in Belgrad, Grafen Welshofen, über die Stellungnahme des österreichisch-ungarischen Reiches zu den jugoslawischen Reformvorschlügen für Mazedonien. Graf Welshofen antwortet wie folgt:

Wir sehen, daß nach dem in Belgrad erfolgten Meinungsaustausch über Mazedonien nichts Neues eingetreten ist. Schon bei Beginn der Unterhandlungen hat das Wiener Kabinett die Idee der Durchföhrung einer Reform in Mazedonien sehr sympathisch begrüßt, und es liegt, wie mir scheint, nichts vor, was auf eine Änderung der Stimmung in Wien hindeuten könnte. Viele in der Presse erscheinende Nachrichten über die mazedonische Frage sind tendenziös. Das Wiener Kabinett will aufrichtig die Pazifizierung Mazedoniens, und wenn das russisch-englische Reformprojekt die Verwirklichung dieser herbeiföhren können, so wird ihm niemand Widerstand entgegenzusetzen. Diplomatische Verwicklungen sind kaum zu erwarten. Was jetzt tragen alle Unterhandlungen über diese komplizierte Frage einen völlig vertrauensvollen Charakter, und die früher aufgetauchten Schwierigkeiten sind jetzt verschwunden.

Von Tag zu Tag.

Der Abgott der Sizilianer. Rom, 22. Juli. Fast 1/2 gestern von Neapel abgereist, um sich per Schiff nach Trapani zu begeben. Auf dem Bahnhöfe in Neapel wurde der Exminister von einer vieltausendköpfigen Menge enthusiastisch gefeiert. Einige junge Leute versuchten sogar, die Pferde des Wagens aufzuspannen. Vom Balkon des Hotels Neapel, wo Raffi absteigen war, ließ dieser unter dem päpstlichen Beschutze der Menge eine Ansprache. In Neapel sind 800 Konzentrationen und Bürger von Trapani mit der Einheitsfahne und einem Musikkorps angekommen, um den Abgott der Sizilianer abzuholen.

Ein Sprengstoff-Fall. Köln, 21. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Trier: Bei dem Wahnwahn zu Büsch ging in dem Tunnelbau bei dem Dorfe Klein ein Sprengstoff auf sehr los und verletzete vier Arbeiter schwer.

Selbstmordversuch. Augsburg, 22. Juli. Der Bankier Ferdinand Danauer machte gestern in einer Badanstalt einen Selbstmordversuch, indem er sich in den Mund schob. Die Verletzung ist nicht lebensgefährlich. Das Motiv der Tat bilden vermuthlich finanzielle Schwierigkeiten.

Eisenbahnunfall. Paris, 22. Juli. Aus Charente, Departement Marne, wird berichtet, daß infolge eines Eisenbahnunfalles bei Chonouan ein Zuginspektor getötet und 4 Reisende verletzt wurden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Bad Ems, 22. Juli. Der Statthalter von Elshofen, Graf von Bedel, ist zum Kurgebrauch hier eingetroffen.

Berlin, 22. Juli. Wie der Lokalanz. meldet, findet die Einweihung der Grete Deier am Donnerstag in Freiberg statt.

Paris, 22. Juli. Der Staatsanwalt von Montauban hat gegen den Bischof Mazzy die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet, weil er einem erst. Käufer eines ehemaligen Kirchengutes mit der Exkommunikation gedroht hat.

Paris, 22. Juli. Dem „Figaro“ zufolge wird der König von Schweden im Oktober oder November d. J. nach Paris kommen, um Fallieres einen offiziellen Antrittsbesuch abzuhalten.

London, 22. Juli. Nach einem Telegramm der Daily News aus Boston ist dort der Erbauer der Motorfahrzeuge, Karl Oldin, an die Spitze eines neuen Konzerns getreten, das den Namen Amerikan Arreal Navigation Company führt und sich den sofortigen Bau großer Luftschiffe zur Aufgabe setzt, die zu Beförderungen von Wogen und Passagieren bestimmt sind. Die Gesellschaft gleicht in 18 Monaten einen regelmäßigen Dienst zwischen New York und Boston herzustellen.

San Francisco, 22. Juli. Der erste und zweite Boot des gestrandeten Kosmosdampfers „Annie“ sind mit mehreren Matrosen im Rettungsboot in Bois Jonception eingetroffen. An Bord befanden sich 77 Personen einschließlich 19 Passagiere. Einer Noth-Reliefung zufolge ist die Schiffsbefehlung gerettet.

Krieg zwischen Nicaragua und Honduras.

Köln, 21. Juli. Der „Köln. Zig.“ wird aus New York gemeldet: Die Regierung Guatemalas hat dem hiesigen Staatsdepartement mitgeteilt, daß zwischen Nicaragua und Honduras der Ausbruch eines Krieges bevorsteht, da Nicaragua den Aufständischen von Honduras in der Verletzung der Verträge Befehl erteilt habe.

Barthelemy.

Berlin, 22. Juli. Der Reichsverband der Vereine der national-liberalen Jugend hat seine diesjährige Vertreterversammlung auf den 10. und 11. Oktober nach Elberfeld einberufen.

Arbeiterbewegung.

Paris, 22. Juli. Die Abstimmung unter den Bergarbeitern von San Etienne hat eine Mehrheit von 433 Stimmen gegen den Antrag und für die Annahme der Vorschläge der Bergwerksgesellschaft ergeben.

Bombay, 21. Juli. Heute früh traten 1000 Dockarbeiter in den Ausstand. Es fanden keine Ausföhrungen statt, außer, daß einige Streikbewegungen umgeworfen wurden. Die Polizei trieb die Menge auseinander.

Kaiser Wilhelm über einen europäischen Staatenbund.

Kopenhagen, 20. Juli. Auf seiner Tournee durch Europa ist Sir Max Wächter hier eingetroffen und hat für seinen Plan, eine Föderation der europäischen Staaten zu gründen, allgemeine Zustimmung gefunden. Heute wurde Sir Max Wächter vom König im Amalienborgschloße in Audienz empfangen. Der König drückte ihm seine Sympathie für seine Bestrebungen aus und fügte hinzu, er wäre sehr erfreut, wenn der Plan zur Durchführung käme. Ueber sein Zusammenreffen mit Kaiser Wilhelm und König Gustav von Schweden erzählt Sir Max Wächter in der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ folgendes: Dem deutschen Kaiser wurde ich bei einer Garden Party gelegentlich der Kaiserin Margaretha vorgestellt. Der Kaiser sagte, daß er meinen Namen kenne und daß er im voraus schon sich für den Gedanken, seinerzeit einen europäischen Staatenbund zu bilden, wodurch die Verschwendung der enormen Summen für Militär und Zoll vermieden werden könnte, lebhaft interessiere. Wiederholt sprach der Kaiser seine Billigung meiner Ideen aus und sagte zuletzt: Ich richte jedem Gedanken, der die große Sache des Friedens fördern kann, meine Hand! Nicht weniger ungern übertrug ich, eine sehr große Sympathie für meine Pläne auch beim König von Schweden zu finden.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Berlin, 22. Juli. Der Abg. Singer, der sich einer Augenoperation unterziehen mußte, ist heute hergestellt, daß er im kommenden Winter seine parlamentarische Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Das Referat auf dem sozialdemokratischen Parteitag über die Finanzreform wird von Genosse Meyer halten.

Berlin, 22. Juli. Im Reichstag des Jüngern wird zur Zeit ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch welchen einem Einfluß der Armenunterstützung auf das Wahlrecht und auf andere öffentliche Rechte bestimmtere und engere Grenzen gezogen werden sollen.

Berlin, 22. Juli. Der Preussische Landtag soll diesmal bereits Mitte Oktober abgerufen werden, damit die Gehaltszulagen bald nach Neujahr ausbezahlt werden können.

Berlin, 22. Juli. Das Befinden des Angeklagten Eulenburg ist das gleiche wie in den früheren Tagen. Eine Besserung kann nicht konstatiert werden, doch besteht keine unmittelbare Lebensgefahr.

Keine Junggefellständer.

Berlin, 22. Juli. Wie der Lokalanz. von Wohlunterrichteter Seite erfährt, liegt von Seiten der verbündeten Regierungen keine Absicht vor, die Einführung einer Junggefellsteuer vorzunehmen.

Graf Zeppelin und das Reich.

Berlin, 22. Juli. Reg. Rat a. D. R. Martin teilt der „Berl. Morgenpost“ mit, daß trotz aller Dementis Graf Zeppelin nichts von der ihm bewilligten Summe erhalten habe. So sei es Tatsache, daß die künftige Torpedofahrt die Vorbereitung ist für die Auszahlung der vom Reichstag bewilligten drei Millionen.

Drahtnachrichten unseres Londoner Bureau.

Englische Spionagerieerei.

London, 22. Juli. Die Spionagerieerei scheint in England immer krankhaftere Dimensionen anzunehmen, denn gleich, nachdem gestern die Flottille von 16 U-Booten mit den zu ihr gehörigen Torpedobooten und Kreuzern in Grimsby angekommen war, verbreitete sich in der genannten Stadt das Gerücht, daß während der Manöber der Flottille ein geheimnisvolles Boot unablässig den Bewegungen der Flottille gefolgt sei. Nicht weniger als 28 Stunden sei dieses mysteriöse Boot mit zwei Mann an Bord hinter der Flottille hergewesen und die beiden Männer hätten alle Manöber der englischen Flottille aufmerksam beobachtet. Schließlich habe der Kommandeur einen Offizier

hingeschickt, um den Namen des Bootes feststellen zu lassen. Dieses fuhr unter britischer Flagge, aber die beiden Insassen seien Deutsche gewesen. Diese Geschichte wurde den Vertretern der verschiedenen englischen Zeitungen von Matrosen der Kriegsflootte erzählt beim Befragten. Dem Korrespondenten des „Standard“ soll von einem Offizier, der zwar an den Manövern teilnahm, aber das geheimnisvolle Boot nicht sah, erklärt worden sein, daß ungewissheit während der englischen Manöber viel spioniert wurde, von Deutschen sowohl, als auch von andern Nationalitäten. Es sei dies aber eine harmlose Beschäftigung. Während der Manöber würde die englische Flotte häufig verfolgt und beobachtet. „Daily Express“ und andere Blätter weisen darauf hin, daß der deutsche Kreuzer „Bielken“ sich schon seit mehreren Tagen in auffälliger Weise an der englischen Ostküste aufhalte und am Montag seien sogar mehrere seiner Offiziere in Grimsby ans Land gegangen, wo sie sich einige Stunden aufhielten. Die Wahrvorstellungen von der deutschen Spionage scheinen in dessen noch nicht alle englischen Blätter ergriffen zu haben, denn „Daily News“ und „Morning Post“ machen sich darüber lustig. Andere Organe veröffentlichen von diesem Histröken überhaupt nichts.

Dokswirtschaft.

Herr Karl Schöber, Mannheim-Rahwigschafen, direkter Import überseeischer Hölzer, macht bekannt, daß er das früher von der Firma Carl Friedrichs u. Co., innegabte Hölzer- und Sägewerk, Rahwigschafen käuflich erworben und am 1. Juli a. z. übernommen hat.

Konkurs der Solinger Bank. Der Ausschluß der Solinger Bank beschloß, Konkurs anzunehmen. Die „Köln. Zeitung“ bemerkt hierzu: Nach unserer Kenntnis der dortigen Verhältnisse sind die Schwierigkeiten der Bank veranlaßt durch übermäßiges Kreditgewähren.

Preussische Textil-Industrie Oberberg, Citterberg bei Krefeld. Nach dem Bericht der Gesellschaft für 1907/08 liegt der Jahresertrag von M. 260 531 auf M. 282 835. Nach Abzug der Abschreibungen von M. 22 081 (i. V. M. 31 185) bleibt ein Reingewinn von M. 42 351 (M. 41 520). Als Dividende werden 5 Proc. (4 Proc.) vorgeschlagen. Das Ergebnis sei durch den Preisrückgang der Wolle ungünstig beeinflusst worden. Die Ausschüßten für das zweite Halbjahr seien noch trübe, denn es bestehe augenblicklich nicht die geringste Aussicht auf Kostensenkung. Für das erste Halbjahr sei die Gesellschaft dagegen zu gewinnbringenden Preisen beschäftigt. Auch war die Gesellschaft gezwungen, die Arbeitszeit zu reduzieren, nachdem in anderen süddeutschen Betrieben längst die zehnstündige Arbeitszeit eingeföhrt worden ist, was höhere Beschäftigungskosten für die Arbeit der Gesellschaft zur Folge habe.

Bayrische Aktien-Börse in München. Die am 1. Juli in Goldbach in den Besitz der Gesellschaft über-

nommene Aktiengesellschaft für 1907/08 liegt der Jahresertrag von M. 260 531 auf M. 282 835. Nach Abzug der Abschreibungen von M. 22 081 (i. V. M. 31 185) bleibt ein Reingewinn von M. 42 351 (M. 41 520). Als Dividende werden 5 Proc. (4 Proc.) vorgeschlagen. Das Ergebnis sei durch den Preisrückgang der Wolle ungünstig beeinflusst worden. Die Ausschüßten für das zweite Halbjahr seien noch trübe, denn es bestehe augenblicklich nicht die geringste Aussicht auf Kostensenkung. Für das erste Halbjahr sei die Gesellschaft dagegen zu gewinnbringenden Preisen beschäftigt. Auch war die Gesellschaft gezwungen, die Arbeitszeit zu reduzieren, nachdem in anderen süddeutschen Betrieben längst die zehnstündige Arbeitszeit eingeföhrt worden ist, was höhere Beschäftigungskosten für die Arbeit der Gesellschaft zur Folge habe.

Bankrott des Hrn. Mayer in Wien. Die Liquidatoren haben die Prüfung des Status der Forderungsbereinigungs Aktiengesellschaft in Wien übergeben, welche mit ihren Arbeiten sofort beginnt. Erst nach Beendigung dieser Arbeit ist ein zureichendes Bild über die verfallene Dividende zu erwarten.

Wasserstandsberichte im Monat Juli.

Table with columns: Station, Datum (17, 18, 19, 20, 21, 22), Bemerkungen. Stations include: von Rhein, Bonn, Waldshut, Schlangen, Reil, Paderborn, Maxau, Germerheim, Mannheim, Mainz, Bingen, Saub., Koblenz, Köln, Ruhrort, vom Neckar, Mannheim, Heilbrunn.

*) Windstill, Bedeck., + 12° C. Wasserstände des Rheins am 22. Juli, morgens 7 Uhr, 17° C. Mitgeteilt von der Schwimm- u. Badeanstalt von Leopold Sänger.

Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldbaum; für Kunst, Belletristik und Vermischtes: J. S.; für Rechtswissenschaften: Dr. Fritz Goldbaum; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rich. Schönselber; für Volkswirtschaft und den übrigen redaktionellen Teil: J. S.; Franz Kircher; für den Inseratenteil und Geschäftsliches: Franz Kircher; Druck und Verlag der Dr. S. Goss'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.: J. S.: Julius Weber.

Kufeké Tausendfach bewährte Nahrung bei: Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc. - Kindermehl - Krankenkost

„Durch feines Aroma und hohe Würzkräft zeichnet sich „Knorr-Sos“ aus, dabei ist der Preis außerordentlich billig. Stets vorrätig bei: Carl Wörter, Trautweinstraße 16. 4513

Wohnungen

61, 8 schöne helle und geräumige Wohnung a. St. 7 Zimmer und Bad...

U 3, 9 am freien Platz der Friedrichstraße, 4. Stock, 5 Zim., Bad...

Brautpaare besuchen in ihrem eigensten Interesse das eine riesengrosse ... Anzahl kompletter Zimmereinrichtungen enthaltende ...

Concordia-Triumph und Göriches Westfalen-Räder unsterblich feinstes und beste Marken, unübertroffen an leichtem Lauf...

!!! Sonnenschirme !!! Eine Partie statt Mk. 2,25 bis 4,50 für Mk. 1.— und 1,50...

Max Lichtenstein, Planken D 3, 8. Grüne Rabattmarken. Reparaturen und Neubezüge schnell und billig.

Zur Bade- u. Reise-Saison Badehauben, Baderollen, Badewannen, Gummischwämme...

Sauszinsbücher in beliebiger Stückzahl zu haben in der Dr. B. Saas'schen Buchdruckerei G. m. b. B.

Kohlenhandlung Fr. Dietz Mittelstrasse 148. Rheinhäuserstrasse 20. Schimperstrasse 20.

Möbl. Zimmer D 6, 13 3 Z., 1 möbl. Zim. in vermieten. 25677 D 6, 16 3 Trepp., fein möbl. Zimmer zu vermiet. 25228

R 7, 38 (Kleine Zimmer) in möbl. Parterre-Zimmer zu vermieten. 25700 S 2, 8, 2 Z., 1 gr. schön möbl. Zimmer sofort zu verm. 25552

Unterricht

Handels-Kurse
von 65070
Vine. Stock
Mannheim, P13.
Telephon 1792.
Ludwigshafen,
Kaiser Wilhelmstrasse 25,
Telephon No. 909.

Buchführung: einf., dopp., amerik., kaufm., Rechnen, Wechseln, Effektenkunde, Handelskorrespondenz, Kontorpraxis, Stenogr., Schreibschriften, deutsch u. lateinisch, Handschrift, Maschinenschreiben etc. (60 Maschinen).
Gütlich, rasch u. billig.

Garant. vollkommenes Ausbild.
Zahlreiche ehrenvolle Anerkennungsbescheide von Hll. Persönlichkeiten als nach jeder Richtung „**Mustergiltiges Institut**“

aufs wärmste empfohlen.
Unentgeltlich Stellungsvermittlung
Prospekte gratis u. franko.
Herren- u. Damenkurse getrennt.

Stenographie
(Gabelberger)
Unterricht wird gründlich erteilt. 61573
Bodenheimerstr. 16, a. St. 1.

Klavierunterricht
gelehrt. Best. Off. mit Preisangabe u. Nr. 25761 a. d. Exp.

Vermischtes.
Wertheln a. Main (Baden) interessantes bel. Reiseziel Burguna, 2 Flüsse, Berge, Wälder, Gymnasium. Illustr. Führer gratis d. Fremdenvereins. 4316

Gerienaufenthalt
haben 2-3 Kinder in guter Familie. Zu erfragen bei Frau Marie Bohrmann, Geibelsberg, Döck 79. 61923

Geschäftsmann, Witwer mit 1 Kind wünscht die Bekanntschaft einer nicht über 25 J. alten Dame zw. Heirat zu machen. Witwe mit Kind nicht ausgeschl. Etwas Verm. erwünscht. Offert. erb. unter Nr. 25712 an die Exp. d. Bl.

Heirat.
Suche eine unabhängige alleinh. Person, ev. 40 Jahre, zu einem Kind, Witwe nicht ausgeschl. Nur ernstgemeinte wollen sich melden, jede Vermittlung ausgeschlossen. Off. u. 25722 a. d. Exp. d. Bl.

HEINRICH LANZ MANNHEIM.

Versuch an einer norm. 140-168 PSe Patent-Heißdampf-Compound-LOKOMOBILE mit Condensation und Ventilsteuerung

»System Lentz«

ausgeführt von Herrn **E. Josse,** o. Professor a. d. **Kgl. techn. Hochschule** zu Charlottenburg.

Kohlen-Dampf-	Verbrauch	0,52 kg
	pr. eff. PS u. Stunde	4,60 „

Herr Prof. Josse sagt in seinem Bericht u. a.:

- Die im Dauerbetrieb ermittelten Zahlen müssen als sehr günstig bezeichnet werden.
- Dies ergibt sich auch aus den ermittelten Gütegraden.
- Regulierungsversuche haben ergeben, daß die Maschine vollkommen unter der Herrschaft des Regulators steht. Bei Leerlauf kann mit vollständig geöffnetem Absperrventil, also mit vollem Dampfdruck gearbeitet werden.
- Der Kesselwirkungsgrad hat sich zu $\pm 80\%$ ergeben.
- Der mechanische Wirkungsgrad wurde zu $92,8\%$ festgestellt, entspricht somit hohen Anforderungen.

Keine Komplikation durch mehrfache Ueberhitzung. Unerreicht in Einfachheit der Gesamtkonstruktion. Einfache Ueberhitzung! - Höchste Ökonomie!

Buntes Feuilleton.

Mac Kinless Geburtshaus. Das Wohnhaus, in dem der amerikanische Präsident Mac Kinless seine Jugend zugebracht hat, ist in dem irischen Dorf Ballmacintin in der Franko-Britischen Ausstellung in London zu sehen. Es bietet ein rechtliches Bild des typischen irischen Wohnhauses. Da fehlt weder das blaugemauerte Pfingstschloß, noch die Holzschüssel, noch die kleinen Fenster; über dem Herdfeuer hängt ein Kessel, in dem das Wasser brodelt, die schnurrende Röhre ist dabei und schaut in das Feuer, und ein altes verbrühtes Weiblein dämmert in dieser seltsamen Umgebung dahin und summt wohl dem Besucher vor:

Sein Vater und Mutter waren Irisch,
Und er war Irisch dazu.
Er kaufte ein Ferkel am Markt,
Und das wurde Irisch zu.

Trombose. Ueber diesen Krankheitszustand, der im Proleg Eulenburg wiederholt erwähnt wurde, äußerte sich Geheimrat Professor Dr. Bier zu einem Mitarbeiter des „A. Z.“ wie folgt: Unter Trombose versteht man die Verstopfung einer Blutader durch Blutgerinnsel, die durch die verschiedensten Ursachen, unter anderem durch Herzschwäche, wobei das Blut nicht genügend in Bewegung erhalten wird, entsteht. Von den Gerinnseln reißt sich leicht Stücke los, kommen mit dem Blutstrom in das „rechte Herz“ und werden von diesem in die Lungenarterie geschleudert. Die Gerinnsel verstopfen die Äder, führen meistens den sofortigen Tod (Lungen Schlag) oder die schwersten Krankheitszustände herbei. Das Bekämpfen der Gerinnselstöße wird begünstigt in erster Linie durch Bewegung. Daher ist es die elementarste ärztliche Regel, den Kranken und insbesondere das von der Krankheit betroffene Glied absolut ruhig zu lagern. Ferner begünstigen alle Anstrengungen die Blutwallungen, die das Vorreißen von Gerinnselstücken erzeugen. Deshalb sind bei dem Kranken unter anderem auch physische Anstrengungen abzuholten. Der Fall Eulenburg liegt also für jeden Arzt vollkommen klar. Es wird sich wohl schwerlich ein Arzt finden, der die Verantwortung übernimmt einen solchen Kranken den Schicksalstücken eine Transportes und den heftigen Anstrengungen eines Prozesses auszuliefern. Die Gefahr besteht ungeachtet noch für die Dauer von sechs Wochen, daß die Äder, die die Jordanen des Prozesses überhaupt gebildet haben, dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit nach nur daraus erklären, daß der Angeklagte selbst entgegen

dem Rat der Äder alle Verantwortung auf sich genommen hat. — Ein Hühnchen zu rupfen haben. Die Redensart „Ein Hühnchen mit einem zu rupfen haben“, ist schon auf die verschiedenste Weise erklärt worden. Am ansprechendsten sind folgende beiden Deutungen. Man erklärt sie sich einmal aus der Reizung des Volkes, abgezogene Begriffe durch anschauliche Bilder aus seinem Vorstellungskreis zu verdeutlichen. Für den allgemeinen Gedanken: eine noch nicht erledigte Sache mit jemand auszumachen haben, wird eine im täglichen Leben häufige Tätigkeit eingesetzt, die, an sich harmloser Natur, geeignet ist, den Hintergedanken, das ernsthafte Jurebestellen, zu verdeutlichen. Also: Wir wollen mal ein Hühnchen zusammen rupfen (oder pfänden) und dabei dann in aller Ruhe besprechen, was uns drückt. In gleicher Bedeutung findet sich: „Ich habe mit einem noch ein Ei, einen Apfel zu schälen, ein Hühnchen zu trochen, ein paar Rüben zu schaben.“ — Da das nun aber alles gerade keine Tätigkeiten sind, für die zwei Personen nötig sind, so sagen andere: bei all diesen Wendungen handelt es sich nur darum, auszudrücken, daß man einer Sache auf den Grund gehen, ihren Kern bloßlegen, alles Umhüllende beseitigen will. Diese Deutung hat kürzlich Dr. Willert gegeben, und man muß sagen, daß sie sehr wahrscheinlich klingt.

C. K. Wie alt ist die Herstellung des künstlichen Eises? In der heißen Sommerszeit, in der das künstliche Eis so vielen Erquickung und Kühlung spendet, ist es interessant, dem Alter dieser Erfindung nachzuspüren, die gewiß allgemein für eine Erzeugnisse der neuesten Zeit gehalten wird. Prof. Kluge teilt in dessen in einem Aufsatz seines letzten erschienenen Buches „Bunte Blätter“ (S. Wiesfeld, Freiburg i. B.) eine Stelle aus einem Werke König Alfreds des Großen mit, die beweist, daß die Herstellung des künstlichen Eises schon vor mehr als 1000 Jahren bekannt war. Dem König hatte nämlich ein weiterhergekommener Mann aus Schweden berichtet: „Bei den Esten gibt es einen Clan, der kann Kälte fabrizieren; sie können deswegen die Toten lange liegen lassen, ohne daß sie verwesten, weil man künstliche Kälte über sie bringt. Setzt man zwei Eimer voll Wasser oder Bier hin, so bringen diese Leute es fertig, daß der eine friert, einerlei ob es Sommer oder Winter ist.“ Der angeführte König nahm diese Mitteilung in seine Uebersetzung der Weltgeschichte des Troilus auf, die er gegen Ende des neunten Jahrhunderts vollendete. Doch blieb diese Kunstfertigkeit der fernsten Völker lange Zeit den Völkern Europas noch ein verstreutes Geheimnis, und erst aus dem Morgenlande her ist die Fabrikation künstlichen Eises seit dem 18. Jahrhundert bekannter geworden. Reisende vermelden aus der Türkei, daß der Sultan und

seine Wokhad große Eisgruben angelegt haben, aus denen sie jährlich bedeutende Gewinne bis zu 80000 Gulden ziehen. „Diese Wokhad“, erzählt Salomon Schweigger in seinem Reisebericht von 1597, „kaufen die Obstdändler im Sommer so groß ein Viertel Laib Brodts, damit fühlen sie ihr Trank, wenn einer ein Weh Scherbel oder Hühnerwasser kauft, so kauft er zumal auch ein Knollen Eis, den wirft er drein, aber geht auf der Wassen daher, hat einen Knollen im Mund und saugt davon; es hat mein Herr täglich für einen halben Taler, oder wenn er Gahrung gehalten, fast zweien Taler um Eis geben müssen.“ Dieser Eisgruben hat es viel um die Stadt her, gegen Goltz, im freien Felde, da hat es weite tiefe Gruben, darüber ein hölzernes Häuten gemacht ist; da sind besondere Personen dazu bestellt, Schneeschauer, die den Schnee zur Winterzeit ausschütten in die Gruben; darin wird es abkann zu Eis, das selbige läßt man zu großen Stücken, daß ein Koff an zweien zu tragen hat...“ Solche Kunde galt für ein Wunder des Orients, das wohl auch ein Großer des Abendlandes bisweilen nachahmen mochte. Die Herstellung künstlichen Eises im Großen ist bei uns freilich erst nach Erfindung dazu geeigneter Maschinen vor nicht allzulanger Zeit begonnen worden.

Eine zeitgemäße Erinnerung. Von einem Leser erhält der „Schwab. Merkur“ folgende Aufzählung: Graf Bepelin hat gerade in dem Augenblick Unglück gehabt, als aller Augen auf ihn gerichtet waren und alles in gespannter Erwartung auf ihn schaute. Er hat in dieser Beziehung Schicksalsgefahren, steht also nicht allein. Ich habe folgende Scene hier erzählen hören in Ehlingen Familien: In den vier Jahren stand auf dem Bahnhof in Karlsruhe einmal eine Lokomotive parat, die sollte als erste ihrer Art ihre Kunst vor dem Großherzog von Baden zeigen. Dieser stand auf dem Perron mit seinem Gefolge und selbstverständlich eine Masse von Reutzern. Zwei Ingenieure, einer hieß Kessler, der andere Wehmer, sollten das neue Fahrzeug vorführen. Aber wie ging's — als die Fahrt losgehen sollte, drehte sich kein Rad. Alles herumstarrten hoff nicht. Das „Luder“ ging eben nicht. Der Großherzog wartete ziemlich lange und ließ den Mechanikern Zeit; aber es half nichts, es ging eben nicht. Endlich kam einer der Ingenieure heran und meldete, es sei ihm unendlich leid; aber die Maschine sei nicht in Gang zu bringen, er wisse nicht, wo es fehle. Am nächsten Tage wurde sie sicher gehen. Der Großherzog verließ verächtlich den Bahnhof. Am anderen Tage funktionierte alles tadellos. Hab alles vor wieder gut. Der eine der Ingenieure gründete später die Maschinenfabrik in Ehlingen, der andere die in Grafenstaden bei Straßburg.

Kunst-Schneiderin empfiehlt sich zum Anfertigen eleganter u. einfacher Damenkleider. 25728 Postfachstr. 43, 2. Etz.

Vereins-Abzeichen
Fahnen, Schellen, sowie alle Vereinsartikel
Bietet schnell u. billig 67594
Carl Haule,
Kunst- u. Fahnenstecher,
Tel. 2501, 01, 14, Tel. 2502

F. G. 7. Johannes Rebenjamin, 20 Personen fassend, an Verein zu vermieten. 25748

Dießige Schreinerer liefert **Massenartikel** ausfertigen. 25592
Pöhlcherstr. 9.

Junger Kaufmann sucht für seine freien Stunden Nebenbeschäftigung durch Nachtragen der Bücher, schriftlichen Arbeiten u. l. m. Offert. unter Nr. 25148 an die Expedition.

Schreibmaschinen-Arbeiten in Engl. u. Deutsch werden schnellstens abgeschrieben u. vervielfältigt. 25765
K. 2, 24, 2 Treppen.

Wäsche und Monogramme werden schnell, genau u. billig gefertigt. Paroch. 4 part. 25769

Abdruckmaterial billig. 62923
Bäckerstr. 39

Geldverkehr.
Mrk. 5000
II. Hypothek sucht Staatsbeamter auf 1a. Wohnhaus u. Lage, amtl. Schätz. 60000 Mk., I. Hypoth. 25000 Mk. von Selbstg. Offert. u. Nr. 62982 an die Expedition des Bl.

Geld Darlehen zu 10% Kautionszahlung. Selbstbes. Dissen, Berlin 14, Döckstr. 71. 4494

Darlehen von Selbstg. gegen Lebensversicherungssatz, jährl. 1000, ohne vorherige Kasse. Off. u. Nr. 60802 an die Exp. des Bl.

Gelddarlehen mit ohne Bürgen und Pfandhand zu kontanten Bedingungen 10000 u. höher; Übernahme auch Hypotheken 1, 2 u. 3. Stufe, 60-75%.
Hof, Wigand, K. 1, 8, Unterstadt, 4. Stiege.
Sprechstunden von 9-1 u. 2-6 Uhr. Bitte auf meine Bureau zu sehen. 56813

Ein neues Haus, an erster Stelle mit nur 7500 Mk. belastet, wird eine 2. Hypothek für 10-12000 Mark gesucht. Off. u. Nr. 62864 an die Exped.

Hypotheken-Gesuch Auf 2 Anwesen werden auf 15000 Mk. auf je 11. Hypothek gesucht. Best. Off. unter Nr. 62721 an die Exp. des Bl.

Mark 12.000
II. Hypoth. gegen dopp. Sicherh. per lotter. od. 1. Ott. gel. Off. u. Nr. 25682 an die Exped.
Mk. 10.000. - ev. Mk. 15.000. - auf 11. Hypothek auszuliefern. Off. u. Nr. 25628 an die Exped.

Zu jedem annehmbaren Preise

um vor Eingang der Winter-Neuheiten vollständig zu räumen.

Damenhüte voll garniert
 Damenhüte Wiener Genre
 Damenhüte engl. Genre
 Kinderhüte garniert
 Hutformen
 Reisehüte garniert
 Reisemützen
 Automützen
 Batist-Kinderhauben
 Batist-Kinderhüte
 Flügel, Blumen
 Fantasie, Reiher
 Strauss-Federn

Herren- u.
 Knaben-
Hüte

Ein Posten
Trauerhüte 275
 Einheitspreis
 per Stück **2 Mk.**

Knaben-Mützen
 Mädchen-Mützen
 Teller- u. Matrosen-Mützen
 für Knaben und Mädchen.

Abgepasste Schleier diverse Farben
 Schleier vom Stück diverse Farben
 Gemusterte Tulle
 Waschtülle diverse Breiten
 Erbstulle creme und weiss
 Hutschmuck und Nadeln
 Seidene Huthänder uni gestreift und Chiné
 Decorationsblumen
 Hutcartons für die Reise

Uebergangshüte
 Solange Vorrat 80618
 Die Preise sind netto.

S. WRONKER & Co., Mannheim.

Käse

Es ist bei mir eine große Sendung auf dem Frischweg leicht beschaffbar

hoch. Emmentaler eingetroffen, welchen ich nun schnell damit zu räumen und solange Vorrat reicht, das Stück mit nur 95 Pf. abgibt.

Butter u. Käse-Haus
 Jean Reinardt
 S 1, 7 Q 3, 1.

Für Alle!

Möbel, Betten, Ausstattungen

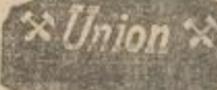
reell und billig

Zufriedenheit garantiert.

Möbelhaus

H. Schwalbach, C 3, 16.

Telephon 2348. 6099



Reißes, angereicht u. billiges Brennholz für Kamin u. Herd. Bei mindestens 20 Stk. 1.30 10 " 1.15 bei weniger Stk. 1.20 pro Scheiter frei Keller gegen bar.

Georg Glos, C. u. h. 5.

Safenstr. 15, Tel. 1155.

Solzkohlen

erster Qualität zum Schmelzen und für alle gewerbliche und industrielle Zwecke.

Georg Glos, C. u. h. 5.

Safenstr. 15, Telephon 1155.

Portland-Zement

besten Qualität, feinstes Lager zu sehr billigen Preisen.

Georg Glos, C. u. h. 5.

Safenstr. 15, Tel. 1155.

Frauenleiden

arznei- u. operationslose Beratung u. Behandlg. nach Thuro Brandt, Natur- u. elektr. Lichtheilverf.
Hch. Schäfer, nur N 3, 3, 1.
 Lichtheil-Institut „Elektron“.
 Damenbedienung durch Frau Rosa Schäfer.
 Sprechstunden: 9^{1/2} - 5 Uhr nur Wochentags. 77525

Im Hause S 6, 31 verkaufe 80298
einzelne Möbel
 wie Bettstellen, Schränke, Waschkommode, Servis, Tisch und Stühle etc., sowie
ganze Ausstattungen
 wegen Reparatur hoher Gebühre zu besonders billigen Preisen.
Wilhelm Schönberger
 S 6, 31. S 6, 31.

Sensationell! Neuheit!
 für (80563)
TOD-sicher Fahrräder
 keine Fahrtunterbrechung mehr durch Nageldefekte.
 Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort unser Prospekt gratis und franko.
P. & H. Edelmann Nachf.
 D 4, 2. — D 4, 2.

Billige Bezugsquelle für gute
Herrenstoffe
 August Weiss
 E 1, 10
 Marktstrasse.
 74359

Julius Branz
 Schirm- u. Stock-Fabrik
 Reparatur-Werkstätte.
P 1, 2
 Breitestrasse.

Kocher auf Vorrat
Original-Weck-Apparate und Gläser 78590
 bestes System zum Einmachen von Früchten, Gemüsen, Fleisch etc.
Herm. Bazlen, vorm. A. Heberer
 O 2, 2, Paradeplatz.
 mit Original-Weck-Einrichtungen zur Frischhaltung aller Nahrungsmittel

M. Eichersheimer
 MANNEHEIM.
Die Rekord-Riemenscheibe
 D. R. P.
 ist der beste Ersatz für die alte Riemenscheibe.
 Lager in allen gängbaren Grössen.
 Alleinverkauf für Baden und Pfalz.
 Grosses Lager in **modernen Transmissionen**
 mit und ohne Ringschmierung. 76497
 Kuppeln, gedrohte Stahlwellen, Stahlrings-Übernahmen kompletter Transmissionen.

F. H. ESCH
 B 1, 3, Breitstrasse.
Gaskoch- u. Bügelapparate
 in reichster Auswahl, erste Fabrikate.
Röstpfanne
 Vorzüglicher Apparat zum Rösten von Beefsteaks, Coteletts, Schnitzel, Bratwürsten etc. ohne Zusatz von Butter und Schmalz. 78295
Roeder Herde. Badewannen. Badoöfen.

Fr. Hoffstaetter
 Louisenring 61 Telefon 561 Louisenring 61
 empfiehlt in bester Qualität alle Sorten
Ruhrkohlen, Ruhrkoks, Gaskoks
 Anthracit-Eiform, Stein- u. Braunkohlen-Briketts, sowie Tannen- u. Bündelholz zu den billigsten Tagespreisen. 80895
 Bestellungen u. Zahlungen können auch bei Fr. Hoffstaetter jr. T 6, 54, 1 Tr. gemacht werden.

Rosa Ottenheimer
 C 3, 1, 1. Etage
 Teleph. 2838.
 Kein Laden.
Schweizer Stickereien
 für Roben, Blousen, Wäsche, gest. Stoffe, Spitzen etc.

Schlosserei, Rolladen- und Jalousiegeschäft
W. Schreckenberger
 :: Reparaturen prompt und billig ::
 Fröhlichstrasse 73 (79616) Telephon 4304

Bettfedern-
 Reinigung.
 Bringt mein altrenommiertes Geschäft in empfehlende Erinnerung.
 Frau Wafer Bttw., J 5, 15.
 Kuppelt für gründliches Desinfizieren u. Aufarbeiten junger Bettfedern und Decken.
 Wie Verkauf von Gebraucht oder ganzen Betten findet bei mir nicht statt.

Milch-Block-Chocolade Block 1,20 Mk. 7000
 Chocolad-Greulich
 Q 1, 2 grüne Marken.

Himbeersaft in Flaschen à M. 1,50, 30 und 50 Pf. in unerreicht guter Qualität empfiehlt als Spezialität.
Springmann's Drogerie gegenüber Wronker's Warenhaus.

Fahrrad-Mäntel
 von Wf. 3 an, beste Qualität, Schläuche von Wf. 2 an, alle Zubehörteile billig. 80896
 Reparaturen schnell und billig.
F. Mayer, D 3, 4.

Spezial-Plisse-Geschäft
M 4, 7, II Ernst Levi M 4, 7, II
 Unterröcke, Volants, Umarbeiten von Rüschen, Lampenschirmen etc. etc. .
 Seidenbandreste. 78425

Kohlen u. Koks
 empfiehlt zu billigsten Tagespreisen.
J. K. Wiederhold
 Luisenring 37. Telephon 616.